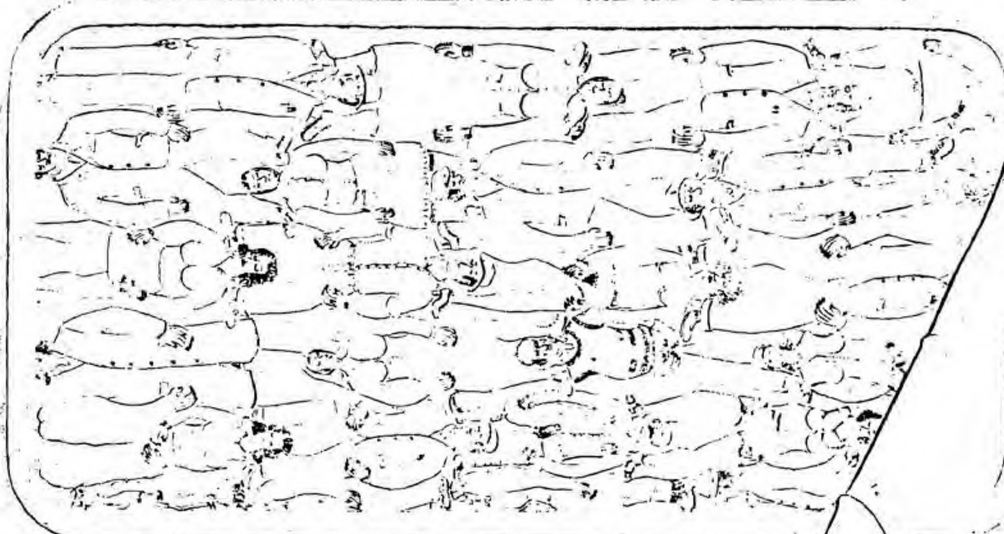
FIDEF

Föderation der Türkischen Arbeitervereine in der BRD e.V.

Nr. 8 September 1977 **ZEITUNG DER FIDEF** Einzelpreis DM 1.50



○ ÜBER DIE SOZIALE INTEGRATION

○ SOLIDARITÄT MIT MADEN-IS GEHT WEITER

○ ZUR WOHNUNGSSITUATION IN MAINZ

I m p r e s s u m

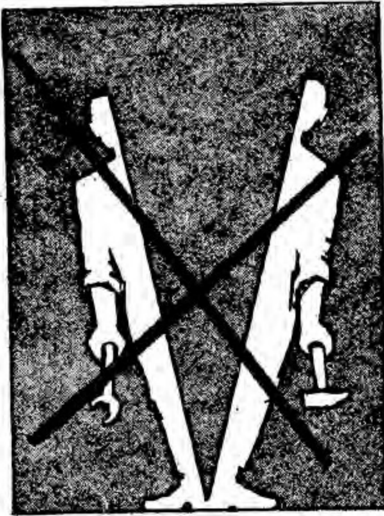
Herausgeber für die Föderation der Türkischen Arbeitervereine in der BRD e.V. (FIDEF) :
Recep Genc

Verantwortlicher Redakteur :
Ercüment Toker

Redaktion :
Postfach 320 304, 4000 Düsseldorf 30 . Tel. (0211) 66 42 84

Bankverbindungen :
FIDEF Postscheckamt Essen, Konto- Nr. 1764 62 - 437
Bank für Gemeinwirtschaft Düsseldorf, Konto - Nr. 1 555 823 400

Erscheint monatlich - Jährliches Abonnement : DM 12,--



KOMMENTAR

ÜBER DIE SOZIALE INTEGRATION

Haydar Dikme
Generalsekretär der FIDEF

Immer, wenn wir den Bundestagsparteien die brennende Frage stellen, wie sie die Probleme der ausländischen Arbeiter zu lösen gedenken, erhalten wir die parate Antwort "Durch Verwirklichung der sozialen Integration". Sobald wir aber um die Konkretisierung der sogenannten "sozialen Integration" bitten, geraten sie plötzlich in Verlegenheit.

Sie sagen "soziale Integration", meinen aber "die Konsolidierung der Ausländerbeschäftigung", d.h. mit Hilfe der flankierenden juristischen und politischen Maßnahmen die"Ausländerbeschäftigungspolitik" "nach der Lage und Entwicklung des Marktes" zu lenken.

Soziale Integration heißt aber dagegen: Gleichstellung der ausländischen Arbeiter mit der einheimischen Bevölkerung in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Auf dem Großen Türkischen Arbeiterkongress riefen wir dringend mit folgenden Worten die Bundestagsparteien auf "Es ist höchste Zeit, unverzüglich mit der sozialen Integration der ausländischen Arbeiter ernsthaft zu beginnen. Soziale Integration im Sinne sozialer, rechtlicher und politischer Gleichstellung, Recht auf Mitsprache und Mitentscheidung für eigene Belange, ebenso die Notwendigkeit, die sprachliche und kulturelle Eigentümlichkeit der Ausländer zu wahren, macht folgerichtig eine aktive und intensive Teilnahme der ausländischen Arbeiter an diesem Prozeß erforderlich." (1)
Der Anfang, unausweichliche Voraussetzung für eine ernstgemeinte soziale Integration, ist die unverzügliche Verwirklichung folgender, untrennbarer Bedingungen:

1. Zuerkennung des aktiven und passiven Wahlrechts für alle ausländischen Arbeiter
2. Erteilung unbegrenzter Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis für alle ausländischen Arbeiter

Die erste Forderung macht eine soziale Integration überhaupt möglich. Die Zweite sichert sie. Denn was wäre es für ein Hohn, wenn z.B. ein Ausländer zum Bürgermeister einer Stadt gewählt worden wäre, dann jedoch mit der Gefahr konfrontiert wäre, ausgewiesen zu werden.

Wir sind unserer Sache sicher, daß alle ausländischen Arbeiter und ihre Organisationen, vor allem in der Durchsetzung dieser beiden Hauptforderungen der gleichen Meinung sind.

4 Millionen Ausländer erwarten von den Bundestagsparteien endlich eine ernstere Haltung in dieser Frage. Denn, auch sie müßten es eigentlich schon längst wissen, daß die Ausländerfrage eine der wichtigsten und brennensten in diesem Lande ist. In diesen Tagen haben die Bundestagsparteien wohl bewiesen daß sie in der Lage sind, Gesetze innerhalb weniger Tage zu verabschieden, wenn es darauf ankommt.

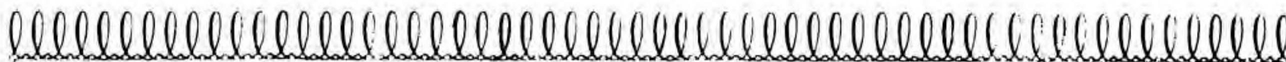
(1) Einleitungsreferat des Sprechers des Organisationskomitees - Türkischer Arbeiterkongress, Haydar Dikme, FIDEF-Zeitung Nr. 1, Februar 1977, Seite 8

FIDEF GENERALSEKRETÄR BEIM St. Michael Jahresempfang

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Joseph Kardinal Höffner, gab zum St. Michael-Jahresempfang sowie aus Anlaß der Verabschiedung von Weihbischof Wilhelm Wöste und der Amtseinführung von Domkapitular Paul Bocklet als Leiter des Kommissariats der deutschen Bischöfe am 27. Sept. 1977 im Wilhelm-Böhler-Haus, Bonn, einen Empfang.

Zu diesem Empfang waren neben führenden Persönlichkeiten der Bundesrepublik auch der Generalsekretär der FIDEF, Kollege Haydar Dikme, eingeladen.

Bei seinen Gesprächen auf dem Empfang brachte der Generalsekretär der FIDEF die Sorgen der ausländischen Kollegen um ihre Existenz zum Ausdruck und sprach seine Hoffnung aus, daß die verantwortlichen Persönlichkeiten und politischen Parteien sowie andere Organisationen dieses Landes sich mehr als bisher für die Verbesserung der Lebensbedingungen ausländischer Arbeiter einsetzen.



Berufsverbot! auch für FIDEF Mitglieder

Im September hatte sich der Generalsekretär der FIDEF, Haydar Dikme, bei der Arbeiterwohlfahrt als Deutschlehrer innerhalb des AWO-Projektes "Berufsvorbereitende Maßnahmen für jugendliche Ausländer" beworben.



Schmidt: „Wir brauchen freie, selbstbewußte und engagierte Bürger, die nicht geduckt oder gedrückt werden ..." (Aus der Regierungserklärung)

Man hätte glauben sollen, seine Qualifikationen prädestinieren ihn zu einer solchen Arbeit: ist doch sein fachliches Können durch ein Dolmetscherdiplom und seine moralische Integrität durch sein langjähriges Wirken in der demokratischen und Arbeiterbewegung erwiesen.

Um so erstaunlicher ist die nebenstehende Antwort:

Man sieht, welche skurrilen Blüten das bundesdeutsche Klima der Gesinnungsschlüffelei treibt.



ARBEITERWOHLFAHRT

BUNDESVERBAND E. V.

Projekt
Berufsvorbereitende Maßnahmen für jugendliche Ausländer
c/o Arbeitskreis Soziale Minderheiten e.V. (AKSM)
Postfach 2oo 92o, 5o6o Bergisch Gladbach 2
Tel.: o22o2 - 14324 und o22o2 - 37964 (AKSM Berg.Gl.)
o221 - 881779 (AKSM Köln)

Herrn
Haydar Dikme
Rottehauserstr. 113

4300 Essen 13

Ihr Zeichen	Ihre Nachricht vom	Akt.-Zeichen	Datum	Diktat-Zeichen
		aJ P	12.9.77	Fe/di

Betr.: Ihre Bewerbung

Sehr geehrter Herr Dikme,

Leider müssen wir Ihnen mitteilen, daß die Stelle im Rahmen des Projektes "berufsvorbereitende Maßnahmen für arbeitslose ausländische Jugendliche" nicht an Sie vergeben werden kann.
Nach Rücksprache mit Herrn de Haan, Leiter der Abteilung für Ausländerfragen bei der Arbeiterwohlfahrt, teilte Herr de Haan uns mit, daß Ihre Anstellung nicht möglich sei.
Hierfür nannte er zwei Gründe:
1. Ihre Arbeit als Generalsekretär der FIDEF lasse eine zeitliche Belastung - wie sie unser Projekt darstellt - nicht zu.
2. Ihre Mitgliedschaft bei der FIDEF wäre nicht vereinbar mit einer Tätigkeit bei der Arbeiterwohlfahrt bzw. kein Mitglied der FIDEF wird von der AWO angestellt.

Wir bedauern, Ihnen keinen günstigeren Bescheid geben zu können.

Mit freundlichen Grüßen

Wolfgang Fehl — Helga von Umbscheiden

ZUR WOHNUNGS-SITUATION

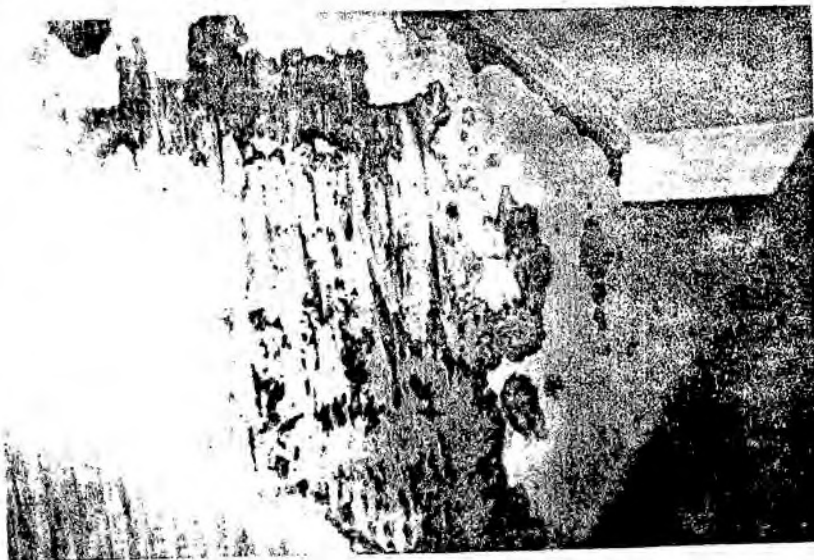
SO MÜSSEN AUSLÄNDISCHE ARBEITER IN MAINZ WOHNEN

Auf den folgenden Seiten finden Sie Bilder aus einer "Dokumentation des Solidaritätskomitees für ausländische Mitbürger" in Mainz zu den Wohnverhältnissen der ausländischen Arbeiter in dieser Stadt. In diesem Komitee wirkt auch der "Verein der Arbeiter aus der Türkei in Mainz e.V. (Mitglied der FIDEF, gegründet 1974) mit.

Am 17./18. Sept. 1977 organisierte



die Stadtverwaltung Mainz einen "Tag des ausländischen Mitbürgers", an dem sich unser Mitgliedsverein aktiv und konstruktiv beteiligte. Während dieses 2tägigen Festes kam auch, Dank der Arbeit des Komitees, die Wohnungssituation der ausländischen Arbeiter zur Sprache. Nachdem der Bürgermeister der Stadt, Herr Delorme, sich die Dokumentation angesehen hatte, brachte er seine Verwunderung mit der folgenden Frage zum Ausdruck "Stammen diese Bilder aus Mainz, ich glaube nicht daran." Daraufhin sagten die Komitee-Mitglieder, daß er sich selbst davon überzeugen könnte, zahlreiche Adressen hätten sie an der Hand. Zum Schluß des Gespräches fügte Herr Delorme hinzu, daß er sich dieses Problems annehmen würde und bedankte sich für den Hinweis und die Bereitschaft zur Mithilfe.



Moderne Kunst ? Schimmel an der Wand im Treppenhaus

Warum diese Dokumentation?

Diese Bilder zeigen keine Ausnahmefälle! Solche Wohnungen und Mieten sind nicht selten. Hunderte Mitbürger, vor allem Ausländer, müssen so wohnen. Viele fangen an, sich dagegen zu wehren. Dabei soll diese Dokumentation eine Hilfe sein.



Wo findet man in der BRD sonst noch solc. Toiletten

Diese Bilder sprechen für sich

——WAHLLOS HERAUSGEGRIFFEN—

Annoncen, die alle am gleichen Tag in einer bundesdeutscheh Tageszeitung erschienen.

...Kigt., 315,- DM + ...erm.: 1-ZW, 32 qm, Balk., 215,-, ...u./Kt.; 1½-ZW, 40 qm, 250,- DM/U./Kt., v. Priv. Tel. Ffm. 44 32 00

2-ZW, AB, o. B., teilw. Hz., Garten, gepfl. Haus, an Deutsche umständeh. sof., 180,-/15,- Uml. Tel. 06187 / 5642

2-Zi.-App., in Ffm.-Bornhm., m. kompl. einger. Kochnl., Einbauschr., Bad, ZH, WW, Lift, ca. 40 qm, ab sof. zu verm.

Nachmieter ges. f. 2-ZW, 65 qm, Balk., 315,-, Uhlemann, Ober-Roden, Breidertring 98, von 12—17 Uhr

2-ZW, Kü., Bad, Hzg., Lift in Sachsenhausen, 330,- u. Uml., nur an Deutsche, Telefon Ffm. 61 93 91

2-ZW: Nachmieter ges. z. 1. 8., gr. Kü., Bad, ZH, Balk., 56 qm, 375,- inklusive. Telefon 65 56 38

Suche Nachmieter f. 2-ZW, Kü., Bad, 290,- inkl. Uml. pl. Kaut., ab 15. 7. Telefon 446254

Nachmieter z. 1. 9. 77 (nur Deutsche) gesucht, 2-ZW, Kü., Badenische, Kell., Mi. z. Z. 230,- u. Uml. Bockenheim, Nä. Uni. Telefon ab 18 Uhr 777513

Gelegenheit in Königstein 3, für ält. ...

...-Haus v. Priv. zu verm., Bezug Okt. 77, beste Ausstatt., Miete 10,-/qm/Uml. Tel. 612351 od. 635061

3-ZW, Nä. Zoo, modernis. AB, 3. St., 82 qm, Kü., ZH, Ka.-Bad, wW, Gem.-Antenne, Tel., Kell. u. Mans., ab 15. 9. 1977 an deutsch. Ehep. 450,- u. Uml. (ca. 100,-) u. Kaut. Tel. 434035 ab Di.

Nachmieter z. 1. 9. 77 f. 3-ZW, 90 qm, in Sprendlingen gesucht. Tel. 06103 / 6447, Sa. bis 14 u. So. ab 20 Uhr



1 Dusche und 2 Waschbecken für 2o "Menschen"



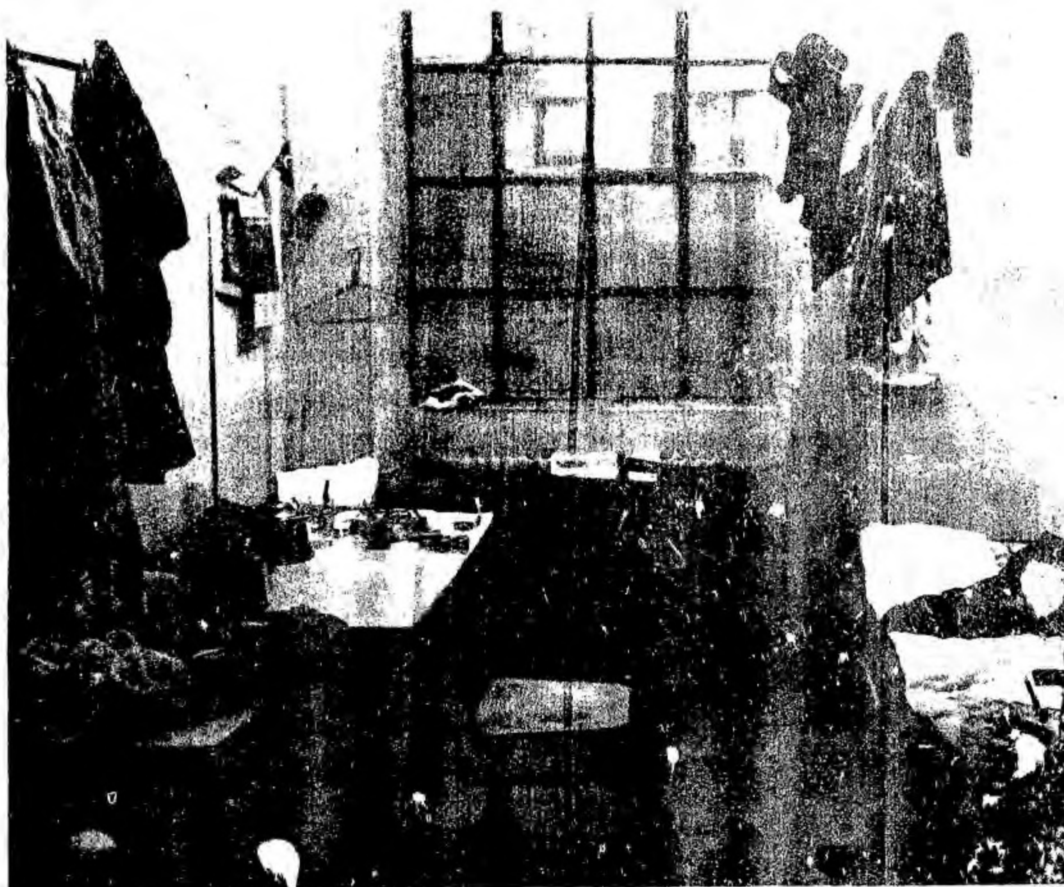
Eingang zum Komfort



Abenteuerspielplatz für Kinder !



Möbliertes Appartement: 1 Couch, für 11 qm 365 DM



Reichhaltiges Wohnungsangebot für Ausländer : Inclusiv : Wohn-, Ess-, Schlafzimmer und Waschküche; 2,4o x 3,5o m; pro Bett 12o.- DM

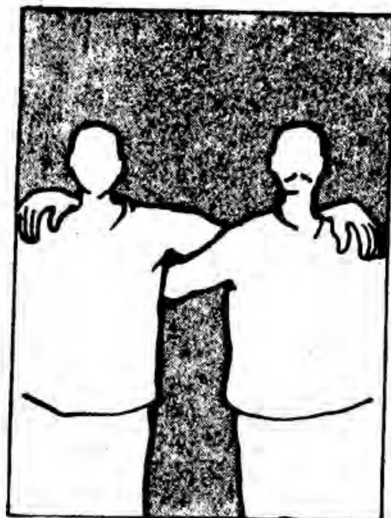
Satzung der FIDEF

Stimmen zum Türkischen Arbeiter Kongress

ERSCHIENEN

Übt Solidarität !

Aboniert die Zeitung der FIDEF



ESSEN INTERNATIONAL 77

VÖLKER - FREUNDSCHAFT und VERSTÄNDIGUNG

Vom 23. bis 25. Sept. 1977 fand im Jugendzentrum Essen eine gemeinsame Veranstaltung der in der Stadt wohnenden Ausländer statt. 8 Ausländerorganisationen, darunter auch der Verein der Arbeiter aus der Türkei in Essen eV (Mitglied der FIDEF), gestalteten nach langen Vorbereitungen ein Wochenende des internationalen Dialogs und der Verständigung.

Ein vielfältiges Programm bot Gelegenheit zum gegenseitigen Kennenlernen, zum Gespräch über die gemeinsamen wie differierenden Probleme der ausländischen Arbeiter in Essen. Es gab Informationsstände, kulinarische Spezialitäten und Volkskunst.

Man hätte glauben sollen, daß das Ziel des informativen und kulturellen Austausches untereinander und mit der Essener Bevölkerung auch im Sinne der bundesdeutschen und Essener Behörden war, die das Projekt ja auch finanziell unterstützen. Der Fakt, daß das international e Festival aber schließlich boykottiert wurde, läßt indes einen anderen Schluß zu.

Es begann bei der Eröffnung. Zum offiziellen Termin erschien der Bürgermeister, aber nachdem er feststellte, daß die Vorbereitungen noch nicht abgeschlossen waren, verließ er nach 5 Minuten das Jugendzentrum mit der Begründung, daß er noch andere Termine habe.

Eine Diskussion zum Thema "Ausländische Arbeitnehmer und ihre Probleme heute" fand ohne den Vertreter des DGB statt, der seine Teilnahme vorher zugesagt hatte.

Montag, 26. September 1977 WAZ

QUINT ESSENZ

Stadt im Abseits

Essens ausländische Bürger sind sauer: „Obwohl auch wir Steuern zahlen, scheint sich niemand für unsere Probleme in dieser Stadt zu interessieren." Diese Meinung war immer wieder bei den ausländischen Besuchern oder Mitorganisatoren der Veranstaltung „Essen International" zu hören, die am Wochenende im Jugendzentrum an der Papestraße stattfand.

Grund für die negativen Meinungen: Außer Bürgermeister Kuhs, der wegen eines weiteren Termins (seit wann werden Termine für öffentliche Auftritte so eng aneinandergereiht?) ganze fünf Minuten Zeit hatte und sich ohne Eröffnungsworte wieder verabschiedete, hatte Essen niemand als offiziellen Vertreter aufzubieten. Weder Rat, Verwaltung oder Parteien, noch die zuständigen Ämter entsandten einen Vertreter.

Wirkt diese Tatsache gegenüber unseren ausländischen Mitbürgern schon beschämend genug, erscheint es noch beschämender angesichts der Tatsache, daß es sich bei „Essen International" schließlich um eine von der Stadt mitfinanzierten und in einer städtischen Einrichtung durchgeführten Veranstaltung handelt.

Aber vielleicht haben die Ausländer recht mit ihrer Annahme, daß Essen keinen Wert auf sie legt. Es sei denn, sie kommen mit dicken Scheckbüchern zu einer internationalen Ausstellung wie „Schweißen und Schneiden".

JOCHEM SCHUMANN

Auch der internationale Frühschoppen gestaltete sich anders als geplant: Die Vertreter von SPD, FDP und CDU sagten ihre Teilnahme ab, der Vertreter des DGB blieb wiederum ohne Absage fern, weil auch die DKP eingeladen war. Dies war für die ausländischen Kollegen sowohl Zeichen eines merkwürdigen Demokratieverständnisses; es zeigte ihnen auch in auffälliger Weise das Desinteresse an ihren Problemen. Daß darüberhinaus der Leiter des Jugendzentrums, der in der

Vorbereitung und Durchführung den Gruppen bereitwillig zur Seite stand, gerügt wurde, spricht eine beredte Sprache.

In einer gemeinsam verfaßten Resolution der Organisatoren begründen diese die Einladung an die Parteien "uns ist es wichtig, konkrete Positionen zu den Problemen der ausländischen Arbeiter zu erhalten. Diese Stellungnahme erfolgte in der Absage der CDU, FDP und SPD, der Vertreter der eingeladenen Ämter und des Fernbleibens des DGB auch bezeichnende und für die ausländischen Arbeiter befremdende Weise. Die Absage an der Teilnahme kann nur als mangelndes Interesse und Abwälzung der Ausländerproblematik gewertet werden."

Trotzdem ist "Essen International" als Erfolg zu werten. Es ist gelungen, die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Nationalitäten zu intensivieren und eine breitere Öffentlichkeit mit unseren Forderungen bekanntzumachen.

In der Resolution wird gefordert:

"auf Bundesebene umfassende Maßnahmen gegen
- die Arbeitslosigkeit
- die Koppelung von Arbeits-/Aufenthaltserlaubnis
- die miserable Wohnungssituation
- die schlechte und unzureichende schulische Bildung und Ausbildung ausländischer Kinder (Verbot der Koranschulen)
- die Diskriminierung der Ausländer
- Einschränkung der Familienzusammenführung

Gefordert wird das Wahlrecht für Ausländer auf kommunaler Ebene



AUS DEN MITGLIEDSVEREINEN

LEUTKIRCH

Ein Brettspiel unter Freunden, ein offenes Wort bei Tee oder Bier:

In ihrem Café erleben Leutkirchs Türken ein paar Stunden Heimat in der Fremde

SAMSTAG, 2. JULI 1977 SCHWÄBISCHE ZEITUNG

Der „Verein für türkische Arbeitnehmer in Leutkirch und Umgebung e.V.", der hinter dem ganzen steht, hatte kürzlich seine jährliche Vollversammlung — Grund für uns, auch einmal dem „Café" auf den Grund zu gehen.

Der Verein mietet den Raum, der etwas von Laden-Atmosphäre an sich hat, schon seit 1970. Ein paar Tische, Stühle, ein alter Schrank mit Karten- und Brettspielen, ein Kühlschrank für Getränke und in der Mitte ein Ofen: sie haben alles selbst organisiert, eher improvisiert. Schon um acht Uhr morgens wird geöffnet, und bald schwebt blauer Zigarettendunst über den spielenden und plaudernden Männern. Hier erleben sie ein paar Stunden Heimat in der Fremde. Und Fremde ist auch Leutkirch für die meisten geblieben, obwohl viele seit mehr als fünf Jahren hier wohnen. Der Vereinsvorsitzende, Emrullah Uzun, lebt schon seit 1964 in der Gegend.

Immer wieder geht die Türe auf und neue Gesichter gesellen sich zu den anderen. Die Stühle reichen nicht für alle Männer aus, bald werden auch die Stehplätze rar. Ihren Treffpunkt halten die Besucher längst für zu klein.

Der mittelanatolische Bauer neben dem Arbeiter aus Izmir, der Junge aus Ankara

neben seinem Freund aus Aydin. Sie kommen aus allen Teilen der über 780 000 Quadratkilometer großen Türkei, meist aus ländlichen Gebieten. Daß ihre deutschen Kollegen so wenig über die Türkei wissen, stört sie sehr, denn sie lieben ihre Heimat. Viele Deutsche hätten ein seltsames Bild von den Türken: sie sprechen vom Sturm auf Wien anno 1683, als die Osmanen mit zitternden Schnurrbärten ihre blutigen Säbel geschwungen haben. Oder sie denken an den „kranken Mann am Bosporus" zu Kaiser Wilhelms Zeiten. Aber von der Türkei nach Kemal Atatürk, der Republik und ihren Schwierigkeiten, wer spricht von ihr? Deutsche, so glauben die Männer hier, achten türkische Arbeiter am geringsten.

Im „Café" sind sie unter sich. Allerdings nur die Männer, denn Frauen und Töchter sind (von Ausnahmen abgesehen) noch mehr als in der Heimat an Haus und Familie gebunden. Zudem verloren in den letzten Jahren mehrere Türkinnen ihren Job, nachdem das SABA-Werk und die Strumpffabrik ihre Produktion eingestellt hatten.

Haupt-Arbeitgeber für die Leutkircher Türken ist das Thermopalwerk. Seit zwei Jahren gibt es hier im Betriebsrat einen Vertreter der türkischen Arbeiter. Doch auch er konnte nicht verhindern, daß in den letzten Jahren die Zahl seiner Landsleute im Betrieb abgenommen hatte.

Kontakt zu deutschen Gewohnheiten finden die wenigsten. Ihre Isolation wiederum festigt die eigenen Sitten und Traditionen. Besonders die Sprache ist eine Barriere, die den Zugang in viele Bereiche versperrt. Deutschkurse für Ausländer oder gar speziell für Türken? Leutkircher Arbeitgeber zeigten bisher kein Interesse daran, obwohl gerade bei Schichtarbeitern ein betriebsinterner Sprachkurs sinnvoll wäre. Das Volksbildungswerk hatte vor zwei Jahren Deutschunterricht für Türken angeboten. Von etwa 30 Teilnehmern hielten zwei oder drei bis zu den letzten Stunden durch. Die einfachen Arbeiter aus Anatolien waren den Anforderungen des Deutschlehrers nicht gewachsen. Notwendige Uebersetzungshilfen leistet weiterhin Frau Tautz oder ein türkischer Dolmetscher.

Bei Tee und Bier — auch Mohammedaner trinken Alkohol — erzählen die türkischen Arbeiter von den meist unerfreulichen Besuchen im Einwohnermeldeamt. Sie verstehen nicht, warum sie in Leutkirch nur einjährige Aufenthaltsgenehmigungen erhalten. Auf dem Amtsgericht finden sie Verständnis. In Prozessen mit Türken, bei denen sie oftmals als Geprellte vor dem Kadi stehen, wird ihr fremder Kulturkreis meist berücksichtigt.

Die Zeit vergeht rasch im „Café". Man erfährt hier auch von den Schulproblemen. Nicht jeder Lehrer kann seine türkischen Schüler besonders berücksichtigen. Wenigstens werden die Kinder mehr als ihre Eltern mit der deutschen Sprache und Kultur vertraut. Eine gewisse Entfremdung von der Heimat bleibt dabei nicht aus. Einmal wöchentlich unterrichtet zwar ein türkischer Lehrer seine 51 Schützlinge in der Muttersprache. Doch die Eltern fordern zusätzlichen Unterricht. Lehrpersonal wäre sogar hier allein von den Leutkircher Türken sind fünf ausgebildete Lehrer — allerdings arbeitet keiner in seinem Beruf.

Was nun die Hauptversammlung des Vereins türkischer Arbeitnehmer angeht, so hatte die Zwölf-Punkte-Tagesordnung vielversprechend ausgesehen. Ueber einen Sportverein wollte man sprechen, über Deutschkurse, Schulkinder und Arbeitsplätze wollte man sich unterhalten. Doch nach über drei Stunden hitziger Diskussion über den Punkt 3 („Wahl eines neuen Vorstandes"), bei der man den Eindruck hatte, als wolle jeder der etwa 150 anwesenden Türken seine Meinung sagen, beendete der in seinem Amt bestätigte E. Uzun die Versammlung dann. Ueber die anstehenden Probleme wurde dann ungezwungen im Vereinszimmer diskutiert.

re



An Wochenenden herrscht reger Betrieb in der Leutkircher Gerbergasse. Limousinen fahren vor, Jungen stellen ihre Räder ab. Auch in Gruppen spazieren Männer herbei. Sie alle treffen sich im „Café", wie seine türkischen Gäste einen etwa 30 Quadratmeter großen Raum in dieser Gasse nennen. Mancher Bürger weiß von dem bescheidenen Treffpunkt der rund 300 Türken unserer Gemeinde gar nichts. Auch auf dem Rathaus hat es sich noch nicht in allen Zimmern herumgesprochen, wie eine Anfrage beim Sozialamt ergab.



Frankfurt

Am 1o. Sept. veranstaltete die Vereinigung der Arbeiter aus der Türkei in Frankfurt e.V. und das Volkshaus Frankfurt (beide Mitglieder der FIDEF) im DGB-Haus einen Friedens- und Solidaritätsabend mit vielseitigen folkloristischen Darbietungen. Neben anderen Gästen und Vertretern der beiden Vereinen hielt der Generalsekretär der FIDEF, Kollege Dikme, eine Rede über die Rolle des Kampfes für den Frieden und den Zusammenhang dessen mit dem Kampf der streikenden Metallarbeiter, die begeistert von über 5oo Teilnehmern der Veranstaltung aufgenommen wurde.



Bochum

Am 23. Sept. diskutierten die Teilnehmerorganisationen der Kemnade International 77 über den Verlauf der diesjährigen Veranstaltung und über die zukünftigen Möglichkeiten der Zusammenarbeit. Für die FIDEF nahmen der Generalsekretär Dikme und das Mitglied des Bundesvorstandes, Kollege Toker, teil.



Berlin W.

Gedenkfeier anläßlich des 75. Geburtstages des großen türkischen Dichters Nazim Hikmet

Der "Türkische Akademiker und Künstlerverein e.V." in Berlin (West) veranstaltet in Zusammenarbeit mit dem Kunstamt Kreuzberg eine 1otägige Gedenkfeier anläßlich des 75. Geburtstages des großen türkischen Dichters. Konzerte, Theaterspiele, Ausstellungen unserer Künstler und Filmvorführungen werden die Höhepunkte dieser Veranstaltung bilden, an denen sich berühmte Persönlichkeiten der BRD, des Auslandes und der Türkei beteiligen werden. Im Rahmen der Veranstaltungen wird ein 500seitiges bibliographisches Buch über das Leben, Wirken und die Werke des großen Dichters veröffentlicht. Diese einzigartige Veranstaltung beginnt am 11. Nov. 1977. In der nächsten Ausgabe unserer Zeitung werden wir ausführlicher darüber berichten.

Arbeiter-Solidaritäts-Komitees für MADEN-IS in Berlin (West) organisierten auf dem Marienplatz in Berlin-Kreuzberg Schattenspiele und folkloristische Darbietungen am 17./18.9. 7oo türkische und deutsche Kolleginnen und Kollegen beteiligten sich an dieser Veranstaltung, deren Erträge als Spenden an die streikenden Metallarbeiter in der Türkei überwiesen wurden.



München

Der türkische Arbeiterverein in München unterstützt aktiv seit langem den berechtigten Kampf der türkischen Reinigungsarbeiter, die seit Jahren im Klinikum Großhadern unter menschenunwürdigen Bedingungen arbeiten müssen. Vor kurzem stellten die Betroffenen an die Verantwortlichen des Krankenhauses ihre Forderungen, wofür nichts unternommen wurde. Im Gegenteil: mehrere Kolleginnen und Kollegen wurden gekündigt, wobei 2o neue Arbeiter eingestellt wurden. Entgegen aller Gewerkschaftsforderungen arbeitet seit dem 1.9.1977 eine private Reinigungsfirma im Klinikum.



4 neue Anträge

Vier türkische Arbeitervereine aus Werne, Greven, Berghorst und Viersen haben bei ihrer Mitgliederversammlung beschlossen, Mitglied der FIDEF zu werden. Die zweite Vertreterversammlung der FIDEF, die imNovemberzusammentreten wird, wird gemäß der Satzung § 5 über die endgültige Mitgliedschaft der Antrag stellenden Vereine entscheiden. Diese erfreuliche Entwicklung stellt nochmals, zum Trotz aller FIDEF-Gegner fest, daß nur FIDEF in der Lage ist, die Einheit aller türkischen Arbeitervereine in der BRD und Westberlin zu verwirklichen.



Krefeld

Der türkische Arbeitersolidaritätsverein in Krefeld führt seit dem 27.9. ein Handarbeits- und Nähkurs durch, an dem sich über 70 türkische Frauen beteiligen.



Göppingen

Die demokratische Volkseinheit in Göppingen, die enge Kontakte zu FIDEF unterhält, organisierte in Zusammenarbeit mit dem DGB Kreisverband am 2o. 9. zur Frage der Erziehung der ausländischen Kinder eine Diskussionsveranstaltung, an der Vertreter der Stadt, der GEW, der IGM-Jugend und Jusos teilgenommen haben.

In mehreren Städten der Bundesrepublik forderten die türkischen Arbeitervereine die zuständigen Ordnungs- und Arbeitsämter auf, allen ausländischen Arbeitern unverzüglich unbegrenzte Aufenthalts - und Arbeitserlaubnis zu erteilen.



Düsseldorf

Näh- und Handarbeitskurse für Frauen

Der türkische Arbeiterverein in Düsseldorf organisiert in Zusammenarbeit mit der Düsseldorfer AWO einen Näh- und Handarbeitskurs für türkische Frauen, der am 5. November beginnen soll. Die Kurse finden im Familienbildungswerk, Lichtstr. 2 in Düsseldorf statt.



Osnabrück

Der türkische Arbeiterverein veranstaltete am 1o. Sept. 1977 einen Bekanntschaftsabend mit folkloristischen Darbietungen, zu dem über 6oo Kolleginnen und Kollegen gekommen waren.



Köln · Leverkusen

Die Mitgliedsvereine der FIDEF beteiligten sich aktiv an den folgenden Veranstaltungen: Türkischer Arbeitersolidaritätsverein in Köln an der Juso-Rodenkirchen Kulturveranstaltung am 30.9.1977 und am Ausländerfest des SPD-Ortsvereins Köln-Elberfeld am 17.9., türkischer Arbeiterverein in Leverkusen an der Leverkusener Woche der Stadt Ende Sept.



BUCHBESPRECHUNG

"GASTARBEITER"

von D. Trumbetas

"Die Gastarbeiter sind gekommen, um in unserem Land zu arbeiten und Geld zu verdienen, weil wir wollten, daß sie kommen und arbeiten und Geld verdienen und es ausgeben. Einer ist gekommen und hat gearbeitet und hier gelebt und sich umgeschaut und alles aufgezeichnet: sich und uns", so schreibt Gerhard Zwerenz im Vorwort zu dem Buch "Gastarbeiter", das dieses Jahr bei der Büchergilde in Frankfurt erschienen ist.

Der eine, von dem Zwerenz spricht, der sich und uns aufgezeichnet hat, ist Dragutin Trumbetas, dessen Bilder dieses Buch vorstellt. Trumbetas Thema ist das Leben der Gastarbeiter - er wählt bewußt dieses Wort, weil seine Zeichnungen den Zynismus bloßlegen, der in dem Begriff Gast-Arbeiter selbst und in der realen Situation der ausländischen Arbeiter in der Bundesrepublik steckt.

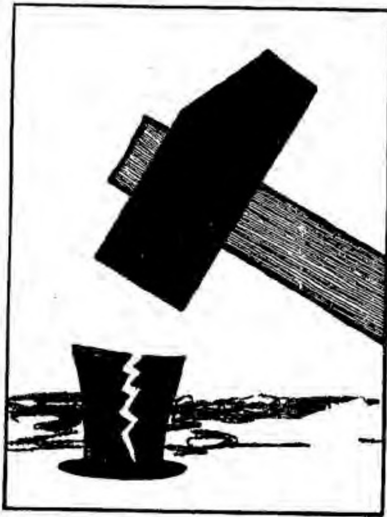
Er zeigt schonungslos, akribisch, alle Probleme. Er ist Chronist und er ist mehr: Ankläger, wenn auch immer in scheinbar zurückhaltendem Ton. Die Detailliertheit seiner Zeichnungen erinnert an die naive Malerei seines Heimatlandes Jugoslawien und ist doch weit mehr: sie gibt schärfer als Fotografie es je könnte Wirklichkeit wieder, indem sie - fast unbemerkt - Überdeutlichkeiten schafft, die keinen Weg an der Realität vorbei offen lassen.

Es gibt keine Frage die er ausspart: von der materiellen Misere der Ausländerfamilie vor den als Spott erscheinenden Werbeplakaten bundesdeutscher Konsumgüterkonzerne: etwa ein schlafender Arbeiter vor Mülltonnen, die Bierflasche neben sich, Resignation selbst im Schlaf noch in den Zügen. Hinter ihm ein Plakat: Ein Mann muß raus. Komm in die Welt der Winston .Zigarettenreklame . Das Bild heißt auch: Ein Mann muß raus. Von der Not der ausländischen Jugendlichen, vom Traum einer falschen Freiheit durch das eigene Auto, von der sexuellen Not, von der Wohnmisere.

Trumbetas macht betroffen. Fordertheraus. Zum Nachdenken. Zum Handeln. Ein Buch mit Programm.



METALLER-STREIK IN DER TÜRKEI



SOLIDÄRITAT MIT MADEN-IŞ GEHT WEITER!

Seit dem 3o. Mai 1977, also seit 4 Monaten, streiken über 4o.ooo Metaller der Türkei, organisiert in ihrer Gewerkschaft MADEN-IS, gegen den Arbeitgeberverband der Metallindustrie, MESS, für ihre berechtigten gewerkschaftlichen und demokratischen Rechte. "Jeden Tag ein Brot, jeden Monat ein Kilo Fleisch und einen Tageslohn für die streikenden Metallarbeiter", unter diesem Slogan weitet sich die Spendenkampagne für die streikenden Kollegen in der ganzen Türkei und auch in Europa aus.



In den Arbeitervierteln haben sich die Familien der Streikenden und ihre Nachbarn mobilisiert und üben Solidarität mit den Streikenden. Alte und junge Frauen fertigen Hand-



arbeiten an, um sie auf dem Markt an gesonderten Ständen zugunsten der Streikenden zu verkaufen. Junge Mädchen spenden ihre in Jahren angesammelte Aussteuer. Selbst in den armen anatolischen Dörfern geben Bauern Teile ihres Ernteertrages für die Sache der Metallarbeiter. Aus den Erträgen der Sammlungen werden Gemeinschaftsküchen für die streikenden Arbeiter unterhalten. Bis Ende Sept. 1977 wuchs das zentrale Spendenkonto 4.692.138 Türkische Lire.

In den meisten Städten des westlichen Europas gründeten die türkischen Arbeiter "Solidaritätskomitees mit MADEN-IS" und sandten Spenden an die Gewerkschaft. FIDEF und seine Mitgliedsvereine haben bis zum 27. Sept. 31.000 DM in die Türkei überwiesen.

Wir bitten nochmals unsere deutschen Kolleginnen und Kollegen, durch Spenden ihrer bis jetzt erwiesenen Solidarität den gebührenden Nachdruck zu verleihen.

ZUR GESCHICHTE DER MADEN-IŞ



"FRIEDEN STATT KRIEG", "KAMPF GEGEN DIE AUSBEUTUNG"...

Die "Gewerkschaft der Metallarbeiter der Türkei", abgekürzt MADEN-IS wurde am 27. Juli 1947 in Istanbul gegründet.

Obwohl das im Februar 1947 von der Regierung verabschiedete neue "Gewerkschaftsgesetz" den Arbeitern kein Streik- und Tarifrecht zuerkannte, schossen die Gewerkschaften wie Pilze aus dem Boden. Schon seit 1946 versuchte der CIA durch seinen "Gewerkschaftsbeauftragten" Irwing Brown in der türkischen Gewerkschaftsbewegung Fuß zu fassen. MADEN-IS stellte sich von Anfang an entschlossen gegen diese Versuche. Unter maßgebender amerikanischer Einmischung wurde dann im Jahre 1952 Türk-Is gegründet, dessen Mitglied auch MADEN-IS wurde.

Schon in der Gründungszei t entfaltete sich ein erbitterter Kampf gegen den Einfluß der amerikanischen Gewerkschaftspolitik. Seit dem 5. Gewerkschaftstag der MADEN-IS find die Metaller-Organisation, unter dem Vorsitz Kemal Türklers an, sich in nationalem Maßstab zu organisieren. Nach dem Militärputsch am 27. Mai 1960 errangen die Arbeiter neue demokratische und gewerkschaftliche Rechte und Freiheiten, was neue Möglichkeiten und Mittel zur Erweiterung des gewerkschaftlichen Kampfes mit sich brachte. MADEN-IS nahm an diesem Kampf in forderster Linie teil und trat für die berechtigten Forderungen der türkischen Arbeiterschaft ein. Türk-IS dagegen verhielt sich bei zahlreichen Aktionen passiv. Sie spielte sogar die Rolle eines Streikbrechers, so zum Beispiel bei den Streiks in den Betrieben Mannesmann und Pasabachze, Glasfabrik. Sie schloß 5 Gewerkschaften, darunter MADEN-IS wegen ihres konsequenten Eintretens für berechtigte Forderungen der Arbeiterschaft für 6 Monate von der Mitgliedschaft aus.



MADEN-IS trat am 12. Februar 1967 aus der Türk-IS aus und gründete dann mit weiteren 4 Gewerkschaften den "Progressiven Gewerkschaftsbund" DISK.

Es kamen die Jahre des offenen Terrors und der Unterdrückung nach dem faschistischen Militärputsch am 12. März 1971. Nachdem das Volk aber bei den Wahlen am 13. Sept. 1973 gezeigt hatte, daß es entschlossen ist, für Demokratie zu kämpfen, normalisierte sich das politische Klima für kurze Zeit.

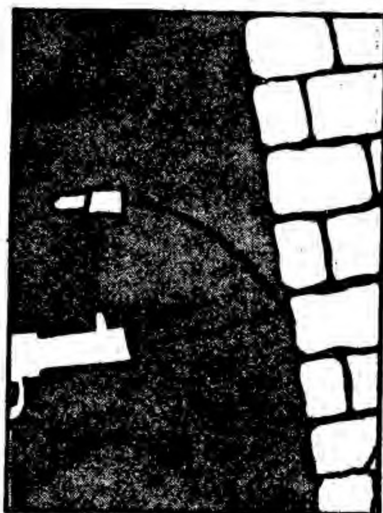
Seitdem ist MADEN-IS überall, wo es um die Rechte der Metaller geht. Dank ihres prinzipiellen gewerkschaftlichen Kampfes erhöhte sich die Mitgliederzahl der MADEN-IS von 1974 bis 1977 um 123 Prozent. Die in MADEN-IS organisierten bewußtesten Teile der türkischen Arbeiterschaft haben die Parole auf ihre Fahnen geschrieben: "Klasse gegen Klasse", "MADEN-IS gegen MESS" (MESS = Arbeitgeberverband), "FRieden gegen Krieg", "Kampf gegen die Ausbeutung" ...



SPENDENLISTE

Türkischer Arbeiter-Solidaritätsverein, Köln	2.660,-- DM
Solidaritätskomitee mit MADEN-IS, Gelsenkirchen	2o5,--
Verein der Arbeiter aus der Türkei, Bremen-Nord	700,--
Türkischer Frauenverein, Kaiserslautern	412,--
Türkischer Frauenverein, Gelsenkirchen-Ruhrgebiet	314,--
Türkische Sozialistengemeinschaft, Berlin (West)	2.100,--
Türkischer Arbeiterverein, Düsseldorf	1.342,--
Türkischer Arbeiterverein, Weinheim	625,--
Türkischer Arbeiter-Solidaritätsverein, Krefeld	1.370,45
Solidaritätskomitees mit MADEN-IS, Berlin (West)	8.49o,--
Verein der Arbeiter aus der Türkei, Wiesbaden	620,--
Verein der fortschrittlichen Arbeiter und Jugendlichen aus der Türkei, Hamburg	2.153,--
Türkischer Frauenverein, Berlin (West)	435,--
Verein der Arbeiter aus der Türkei, Regensburg	1.043,--
Türkischer Arbeiterverein, Dortmund	736,--
Türkischer Arbeiter-Solidaritätsverein, Duisburg	1.286,--
FIDEF Bundesvorstand	1.718,50
Türkischer Arbeiter und Studentenverein, Münster	1.050,--
Türkisches Komitee für Frieden und Freiheit, Ruhrgebiet	1.200,--
Türkischer Arbeiterverein, München	1.738,--
Solidaritätskomitee mit MADEN-IS, Bergkamen	800,--
Türkischer Arbeiterverein, Osnabrück	365,--
Solidaritätskomitee mit MADEN-IS, Baden-Württemberg	3.000,--
Türkischer Arbeiterverein, Gelsenkirchen	500,--
Solidaritätskomitee mit MADEN-IS, Rheda	215,--
Turan Geyik und seine Freunde, Rheda	343,--
Türkischer Arbeiterverein, Viersen	162,--
Bayram Demirezen und seine Freunde, Ochsenfurth	165,--
Türkischer Arbeiterverein, Leverkusen	800,--
Türkischer Arbeiterverein, Siegen	110,--
Türkischer Arbeiter-Solidaritätsverein, Lübeck	105,--
Belkis Tatari, Pforzheim	125,--
Faik Mumcular, Stuttgart	75,--
M. Komp, Darmstadt	20,--
G. Hubmann, Northofen	50,--
SDAJ, Duisburg	64,--
MSB-Spartakus, Essen	30,--

Helmut Schweitzer, Bonn	100,-- DM
Özcan Saglam, Hannover	30,--
Willi van Ooyen, Frankfurt	20,--
Mehmet Deviren, Söckingen	20,--
M. H. H., Hannover	10,--
Sozialer Arbeitskreis SAK, Regensburg	53,50
Liebe, Harkort, München	50,--
Hayrettin Turka, Beckum	20,--



ANTIKRIEGSTAG

ZUM ERSTEN MAL IN DER TÜRKEI GEFEIERT

Der Antikriegstag wurde in vielen Städten der Türkei, so zum Beispiel in Ankara, Adana, Izmir und Istanbul mit großer Begeisterung von breiten Massen aufgenommen.

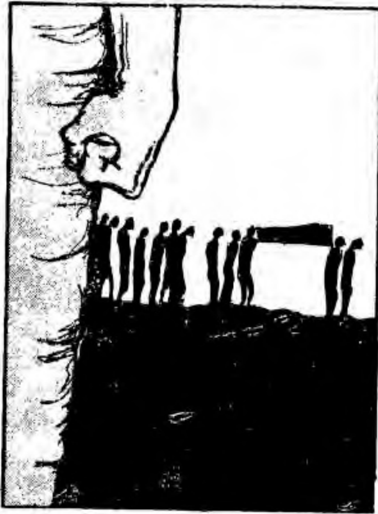
Den Höhepunkt der Feierlichkeiten bildete die vom Friedensverein einberufene nationale Konferenz zum Thema "KSZE-Schlußakte und die Türkei", an der sich neben dem französischen Senator R. Guyot und dem Oberbürgermeister der Stadt Istanbul, A. Isvan, zahlreiche Persönlichkeiten des Landes, Gewerkschaftler, Arbeiter, Künstler und Vertreter von 24 demokratischen Massenorganisationen beteiligt haben. Der Innenminister Özal sowie DISK Präsident K. Türkler sandten Grußadressen an die Konferenz. Die Istanbuler Polizei verbot den ausländischen Gästen die Verlesung ihrer Grußbotschaften.

Die Teilnehmer und Redner der Konferenz forderten die Sicherung des Friedens, Durchsetzung der Abrüstung und kosequente Durchführung der Entspannungspolitik und verurteilten einstimmig die friedensfeindliche Politik der zweiten Nationalistischen Front-Regierung.

In der Stadt Bursa untersagte die Polizei eine von DISK und anderen demokratischen Massenorganisationen gemeinsam organisierte Veranstaltung zum Antikriegstag.

In Istanbul wurden 61 Arbeiter und Studenten, meist Mitglieder von DISK und IGD (Fortschrittlicher Jugendverein) wegen des Klebens von Plakaten anläßlich des Antikriegstages und gegen die Neutronenbombe von der Polizei verhaftet.

Die begeisterte massenhafte Teilnahme der arbeitenden Menschen an den Veranstaltungen zum Antikriegstag bleibt der Regierung ein Dorn im Auge: bis zum Jahre 1977 war es den Machthabern immer gelungen, die Feiern zum Antikriegstag durch offene Gewalt zu verhindern.



Polizeiterror in der Türkei

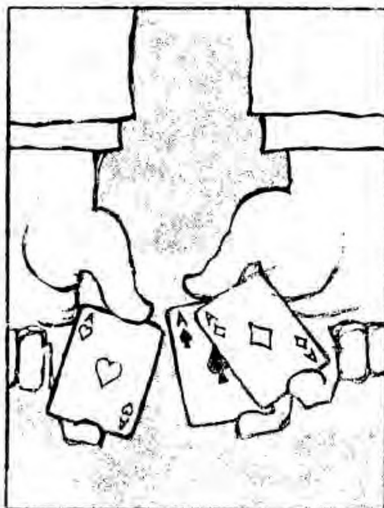
7.000 HÄUSER WURDEN ZERSTÖRT

Die Istanbuler Polizei griff am 2. Sept. 1977 eines der Elendsviertel im Stadtteil Ümranye an, die meist von Arbeiterfamilien bewohnt werden und machte 7.000 Häuser dem Erdboden gleich. Bei diesem Terrorakt wurden 5 Menschen getötet, hunderte verwundet, 730 verhaftet. Einer der Verwundeten ist später seinen Verletzungen im Krankenhaus erlegen.

In den Randgebieten der großen Städte der Türkei baut die arme Bevölkerung aufgrund der Wanderung aus den Dörfern in die Städte, die bei einer anhaltenden Arbeitslosenzahl von über 3 Mio ein unglaubliches Elend mit sich bringt, schon seit Jahrzehnten die sogenannten unerlaubten Baracken, die im Volksmund "Gecekondu", wörtlich "bei Nacht aufgeschlagen" heißen.

Diese 15 - 20 qm großen "Häuser" waren auf staatlichem Boden gebaut. Diese Tatsache war der Anlaß des Polizeiterrors gegen die arbeitende Bevölkerung obwohl auf der gegenüberliegenden Seite die Reichen auf staatlichen Grundstücken ihre Villen bauen dürfen, die die Polizei gerne übersieht.

Diese Angriffe sind nicht neu. Sie werden von der Polizei seit Jahrzehnten wiederholt durchgeführt. Für die tausende von Obdachlosen unternimmt die Regierung der zweiten "Nationalistischen Front" nichts. Da die Mieten meist höher liegen als das monatliche Einkommen eines Arbeiters, sind diese ihrem Schicksal überlassen.



DIE UNHEILVOLLE ALLIANZ

PREISSTEIGERUNGEN IN DER TÜRKEI

Eine der ersten Maßnahmen der Demirel-Regierung zur "Stabilisierung der Wirtschaft" und Bekämpfung der anhaltenden ökonomischen und politischen Krise, in

der sich die Türkei befindet, waren die im Monat September neu eingeführten Preiserhöhungen, die vor allem die arbeitende Bevölkerung unseres Landes hart trifft. Die Lasten der Krise sollen auf den Rücken der Bevölkerung abgewälzt werden. Zum besseren Verständnis und zur Verdeutlichung der miserablen Lage unserer Bevölkerung in der Heimat führen wir eine Liste der Preiserhöhungen auf.

	alter Preis	neuer Preis	Preissteigerung in %
Brot	2,71	4,55	67,9 %
Reis	12,29	35,00	184,8 %
Hähnchen	25,00	75,00	200,0 %
Zitronen	0,89	2,50	181,0 %
Zwiebeln	2,40	5,00	108,0 %
Schaffleisch	30,75	65,00	111,4 %
Margarine	11,95	20,00	67,4 %
Einf. Brief	1,00	2,50	150,0 %
Strom	0,49	0,70	42,9 %
Normal-Benzin	2,80	5,50	96,4 %
Heizöl	1,62	2,30	42,0 %
Arzneikosten	50,00	150,00	200,0 %
Miete			40-100,0 %

(Angaben in Türkischen Lira, 1,-- DM = 8,27 TL)



Demirel:
"Jeden zufrieden zu machen ist unmöglich."

Ankara, Tha



- Die Unzufriedenen können nach Deutschland gehen ...

Zu dieser unerträglichen Situation ist noch hinzuzufügen:

- Das Außenhandelsdefizit in den ersten sieben Monaten des Jahres 1977 beträgt 2,382 Milliarde Dollar, eine Erhöhung um 49 % im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres.

- Im September wurde die türkische Währung um 10 % abgewertet und soll nach den Wünschen des IMF (Internationaler Währungsfonds) noch um weitere 3o % abgewertet werden.

PROGRESSIVER GEWERKSCHAFTSBUND DER TÜRKEI - DISK -

Solidarität mit DISK!

PRESSESPIEGEL

Die zweite Generation der Gastarbeiter in der Bundesrepublik

Verdrängt ins gesellschaftliche Abseits

Die heranwachsenden Kinder der Ausländer leben in gefährlicher Isolation, weil man sich über ihre Zukunft kaum Gedanken macht

Von unserem Redaktionsmitglied Christian Schneider

München, 18. September

Als sich Panajotis S. vor zwei Jahren auf die Reise machte, um von einem Onkel zu seinen schon seit zehn Jahren in der Bundesrepublik lebenden Eltern gebracht zu werden — „Familiennachzug" heißt das im Behördendeutsch —, da schien das dem damals 15jährigen wie der Beginn eines neuen Lebens. „Endlich raus aus dem Dorf", dachte er, wo fast nur noch alte Leute leben und es schon lange keine gleichaltrigen Freunde mehr gibt. Die Reise nach Deutschland bedeutete auch „endlich weg von den Großeltern", denen es immer schwerer fiel, Vater und Mutter zu ersetzen. In die Berufsschule wollte Panajotis in der Bundesrepublik gehen und eine Lehre als Eisengießer machen, um dann das große Geld zu verdienen.

In Wirklichkeit ist alles anders gekommen. Der Start in der neuen Heimat begann zunächst mit Sprachschwierigkeiten, die heute noch nicht ganz überwunden sind. Und als Panajotis nach Abschluß der Berufsschule eine Arbeitsstelle suchte, wurde ihm auf dem Arbeitsamt gesagt, daß er keine Arbeitserlaubnis bekommt. „Ich weiß nicht, warum", sagt er hilflos.



Um wenigstens etwas Geld zu verdienen und den Eltern zu beweisen, daß er nicht faul ist, nahm Panajotis einen illegalen Job an. Den Tip bekam er von Freunden. Jetzt schnürt er in der Expedition eines Münchner Verlags jeden Tag von 6 Uhr früh bis etwa 15 Uhr Zeitungspakete. „Niemand hat mich nach Papieren oder meinem Namen gefragt, ausgezahlt wird täglich", genau 37 Mark. In der Praxis heißt das, daß sich der Arbeitgeber von Panajotis stündlich und ohne jede Komplikation von seinem illegalen Jobber trennen kann.

Nachmittags im Spielsalon

Nachmittags treibt es Panajotis auf die Straße. Wenn es schön ist, streift er mit gleichaltrigen Griechen durch die Stadt, wo die Passanten dem „arbeitsscheuen Gesindel" böse Blicke nachwerfen. Wenn es regnet, wird in einem Spielsalon geflippert. Das Modell-Freizeitheim, das die Stadt München für die Betreuung speziell ausländischer Jugendlicher im „Türkenviertel" Westend unterhält, öffnet seine Tore erst um 18 Uhr, weil am Nachmittag Schulkinder dort betreut werden. Im deutschen Sprachschatz von Panajotis S. kommen die Worte „Pläne machen" oder „Zukunft" nicht vor. Dafür aber nach einiger Überlegung dieser Satz: „Mein Leben hier gefällt mir nicht."

Panajotis S. ist weder ein Einzelfall noch ein Problem, das sich in absehbarer Zeit von selbst lösen würde. Nach Angaben des Ausländerzentralregisters leben derzeit mehr als eine Million ausländischer Kinder und Jugendlicher unter 21 Jahren in der Bundesrepublik. Allein durch Geburtenzuwachs der in Deutschland lebenden Gastarbeiterfamilien wächst die Zahl der ausländischen Kinder jährlich um rund 108 000. Behördenschätzungen gehen davon aus, daß in den nächsten Jahren mindestens weitere 100 000 ausländische Kinder und Jugendliche innerhalb des Familiennachzugs in die Bundesrepublik kommen werden. Diese Zahl ist sicherlich nicht zu hoch gegriffen, da derzeit noch rund 1,2 Millionen ausländische Kinder getrennt von ihren Eltern in deren Heimatland leben.

Der Rückgang der Ausländerbeschäftigung nach dem Anwerbestop im Jahre 1973 und die nach wie vor äußerst restriktive Arbeitsmarktpolitik gegenüber Angehörigen aus Nicht-EG-Staaten, so warnt eine soeben erschienene Studie des Deutschen Jugendinstituts in München, „sollten nicht dazu verführen, die Ausländerbeschäftigung als vorübergehend und die Probleme der Familien und der Gastarbeiterkinder als weitgehend gelöst zu betrachten". Nach Ansicht der Autoren dieser Studie dokumentieren die zur Zeit zur Verfügung stehenden Daten vielmehr, daß sich die durch die Ausländerbeschäftigung entstehenden Probleme in der Bundesrepublik „in keiner Weise verringert, sondern im Gegenteil noch verschärft haben". Nüchternes Fazit der Studie: Die Deutschen haben ihre Gastarbeiter noch nicht verdaut.

Am deutlichsten zeigt sich das bei der jetzt heranwachsenden zweiten Generation der Gastarbeiter, über deren Existenz, Nöte und Bedürfnisse man sich bisher in der Öffentlichkeit kaum Gedanken gemacht hat. Mangelhafte Statistiken, so stellt der Ausländerbeirat der Stadt München in einer Dokumentation zur Situation arbeitsloser jugendlicher Ausländer fest, „verhalf den zuständigen Behörden lange Zeit zu einem relativ ruhigen Gewissen. Das öffentliche Bewußtsein wurde nicht beunruhigt, die Verantwortlichen konnten die bedrückende Realität erfolgreich verdrängen."

Das ist nun nicht mehr länger möglich. Inzwischen nämlich ist in einigen Großstädten wie Düsseldorf, Duisburg, Krefeld und Wuppertal bereits jeder dritte Säugling ein Kind ausländischer Eltern, von denen immer weniger daran denken, die Bundesrepublik zu verlassen. Erst jetzt beginnt wirklich das Problem der Integration, denn diese Kinder brauchen Kindergartenplätze (in Bayern hatten 1976 nur 29 Prozent der ausländischen Drei- bis Sechsjährigen einen Kindergartenplatz, bei den deutschen Kindern betrug diese Quote dagegen 50 Prozent), sie drängen mehr als bisher in deutsche Schulen und vor allem: Sie suchen Lehrstellen und Arbeitsplätze.

Zur Zeit kommen in der Bundesrepublik jährlich rund 50 000 bis 60 000 ausländische Jugendliche ins erwerbsfähige Alter. Doch ihre Aussichten, einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz zu bekommen, sind gleich Null. Bei vielen fehlen schulische Voraussetzungen. Zwei Drittel der ausländischen Kinder, so sagt die Statistik, schaffen den Hauptschulabschluß nicht. Doch selbst wenn gute Zeugnisse vorliegen und die deutsche Sprache keine Schwierigkeiten macht, bleibt den weitaus meisten die amtliche Arbeitserlaubnis versagt. Die wird ihnen solange nicht erteilt, wie deutsche Jugendliche vergeblich einen Arbeitsplatz suchen.

Keine Arbeitserlaubnis

Noch härter hat es bis vor wenigen Wochen jene ausländischen Jugendlichen getroffen, die erst nach dem 1. Dezember 1974 zu ihren Eltern in die Bundesrepublik gekommen sind. Sie bekamen von vornherein keine Arbeitserlaubnis, obwohl sie schul- und berufschulpflichtig sind. An dieser Verordnung ist auch Panajotis S. gescheitert. Diese grundsätzliche Vorenthaltung der Arbeitserlaubnis bedeutet gleichzeitig, daß die davon betroffenen Jugendlichen auch nicht an berufsfördernden Maßnahmen der Arbeitsämter teilnehmen können, obwohl gerade diese Gruppe auf Grund mangelnder Sprachkenntnisse und fehlender Schulabschlüsse diese Förderung dringend nötig hätte.

Auf Drängen verschiedenster Stellen hin ist inzwischen der 1. Dezember 1974 als Stichtag für die mögliche Erteilung einer Arbeitserlaubnis gefallen, doch wurde gleich wieder eine neue Hürde errichtet. Jetzt bleibt den Jugendlichen, die erst nach dem 1. Januar dieses Jahres zu ihren Eltern kommen, der begehrte Schein versagt. In der Praxis, so weiß Hubertus Schröer vom Kreisverwaltungsreferat der Stadt München, hat sich an der Situation der ausländischen Jugendlichen nichts geändert, „das Problem ist nicht gelöst, sondern nur vertagt worden". Was bleibt, ist entweder der Gang in die Illegalität, wie ihn der 17jährige Panajotis gemacht hat, oder das Abgleiten in Verwahrlosung und Kriminalität. Die Anzeichen für eine Entwicklung in dieser Richtung sind alarmierend genug.

Mit zunehmender Beunruhigung beobachten in jüngster Zeit Sozialarbeiter und -pädagogen, daß immer mehr ausländische Jugendliche mit dem Griff zur Droge einen Ausweg aus ihrer Hoffnungslosigkeit, ihren Enttäuschungen und der ständigen Diskriminierung suchen. Das hat es bisher nicht gegeben. Nach Meinung von Sozialarbeitern ist dies die Reaktion der Jugendlichen auf die Erkenntnis, daß zwar ihre Väter als Fließbandarbeiter gebraucht werden, deren Familien aber die Deutschen nicht haben wollen. „Ich glaube, ich bin hier nicht erwünscht", sagt der 16jährige Georgius K., der schon seit acht Jahren mit seinen Eltern und Geschwistern in der Bundesrepublik lebt. „Warum werde ich so behandelt?"

Für die Jugendlichen wäre diese bedrückende Situation vermutlich leichter zu tragen, wenn sie eine Hilfe in ihrem Elternhaus hätten. Doch die Verhältnisse in den Gastarbeiterfamilien, so wird in der Studie des Deutschen Jugendinstituts jetzt erstmals mit aller Offenheit gesagt, sind alles andere als normal. Da viele Familien nicht geschlossen in die Bundesrepublik einreisen konnten und die einzelnen Familienmitglie-

der oft über Jahre hinweg nicht zusammen gelebt haben, ist häufig ein tiefgreifender Entfremdungsprozeß sowohl zwischen den Ehepartnern als auch zwischen den Eltern und ihren Kindern eingetreten. Die physische Belastung durch die Berufstätigkeit beider Elternteile schließlich, die sich selbst einer feindlichen Umwelt gegenübersehen, in der sie sich mangels ausreichender Deutschkenntnisse nicht durchsetzen oder verständlich machen können, führen zu einer gereizten Familienatmosphäre. Hinzu kommt, so haben die Autoren der Studie in zahllosen Einzelgesprächen herausgefunden, daß die Eltern ihre Kinder nach den Verhaltensmustern und Normen der alten Heimat erziehen wollen, die von den gesellschaftlichen Realitäten, mit denen ihre Kinder in der neuen Heimat täglich konfrontiert werden, erheblich abweichen.

„Ausländische Eltern", so wird in der Studie festgestellt, „sind sich über die starke Belastung ihrer Kinder", die ständig zwischen zwei Welten hin- und hergerissen werden, „häufig nicht im klaren". Dies, und nicht etwa mangelnde Intelligenz oder Faulheit, sind nach Meinung des Jugendinstituts die Ursachen für die schulischen und sprachlichen Schwierigkeiten, durch die die ausländischen Kinder und Jugendlichen immer weiter ins gesellschaftliche Abseits in der Bundesrepublik gedrängt werden.

Von den überforderten Eltern ohne Hilfe gelassen, in der Schule in die Isolation gedrängt, von jeder Arbeitsmöglichkeit und beruflichen Ausbildung ausgeschlossen, bar jeder Möglichkeit, ihre Freizeit sinnvoll zu gestalten, da es noch immer an entsprechenden Einrichtungen in den Kommunen fehlt, oder Bindungen an ihre alte Heimat — das ist die Wirklichkeit, in der die zweite Generation der Gastarbeiter lebt.

An Hilfen von freien Wohlfahrtsverbänden, Kirchen und privaten Initiativgruppen hat es wahrlich nicht gefehlt. Doch woran es bis heute mangelt, ist ein Konzept, das alle diese Hilfen zusammenfaßt und koordiniert. Andrés López-Blasco: „Bis jetzt hat jeder für sich allein gewurstelt, doch isolierte Einzelmaßnahmen helfen nicht mehr weiter."

Gefahr der Kriminalisierung

Unterstützt vom Bundeswissenschaftsministerium und dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft zieht das Deutsche Jugendinstitut jetzt die Konsequenz aus seiner Studie und entwickelt ein Modell für den notwendigen Ausbau der Integrationshilfen. Dies alles wird aber nach Meinung von López-Blasco letztlich zum Scheitern verurteilt sein, wenn nicht gleichzeitig die — im Vergleich zu anderen Ländern freilich schon großzügige — Ausländergesetzgebung der Bundesrepublik umfassend geändert wird. Dies betrifft vor allem das Aufenthaltsrecht und die freizügigere Regelung der Arbeitserlaubnis für die Eltern und mehr noch für deren Kinder.

Nach übereinstimmender Einschätzung der Sozialpädagogen wird sich die Gefahr der Kriminalisierung verstärken, wenn ausländische Kinder und Jugendliche, die in der Bundesrepublik geboren sind, die die deutsche Sprache beherrschen und die deutsche Schule besucht haben, weiterhin auf Grund diskriminierender Faktoren gezwungen sind, in der Isolation zu leben. „Bisher noch vereinzelt auftretende Rokker-Bildung bei Ausländern", so heißt es in der Studie des Jugendinstituts, „wird in Zukunft zu einem Massenphänomen werden, wenn der Teil der Jugendlichen zu dominieren beginnt, der in dieser regressiven Umgebung aufgewachsen ist." Die fehlenden Beziehungen zu deutschen Gleichaltrigen und deutscher Nachbarschaft verstärken die Bildung einer ausländischen Subkultur, in der sich ausländische Jugendliche gegen die deutsche Umwelt und ihre gesellschaftlichen Einrichtungen solidarisieren. Die Zeitbombe, so scheint es, tickt schon.

Nur 60 Prozent der jungen Gastarbeiter erreichen Schulabschluß

Traurige Bilanz: Rund 60 Prozent der Gastarbeiter-Schüler (zur Zeit etwa 450 000) erreichen den Hauptschulabschluß nicht. Das Bundesarbeitsministerium spricht in diesem Zusammenhang von einem „sozialen Zündstoff mit Zeitzünder" und dem Entstehen eines „neuen Subproletariats". Deshalb hat die Bundesregierung jetzt einen mit 500 000 Mark ausgestatteten Berufsförderungsplan ausländischer Jugendlicher vorgelegt: Viermonatiger Intensivkurs in deutscher Sprache und Allgemeinbildung plus einjähriger Berufsförderlehrgang, der zu einer ordentlichen Lehrausbildung führen soll.

Augsburger Allgemeine
8900 Augsburg

Ausländerkinder geben Probleme auf

21. 9. 77

Sorgen daheim und in der Fremde

Heute stammt jedes fünfte, in der Bundesrepublik Deutschland geborene Kind von ausländischen Eltern, von denen die meisten eines Tages in ihr Ursprungsland zurückkehren wollen. Auf die damit verbundenen Schulprobleme hat die deutsche Delegation auf der internationalen Erziehungskonferenz in Genf hingewiesen, an der über 90 Nationen teilnahmen. Der stellvertretende deutsche Delegationschef Hermann Neumeister unterstrich die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit zwischen den Behörden der Bundesrepublik und der Heimatländer der Ausländerkinder. Damit soll vor allem die spätere Wiedereingliederung dieser Kinder in ihre Ursprungsländer erleichtert werden.

Als weitere Vorrangprobleme im Erziehungswesen der Bundesrepublik bezeichnete Neumeister die berufliche Bildung und die Bildung für Behinderte. Die bedeutende Zunahme der Pflichtschulabgänger in Verbindung mit der wirtschaftlichen Rezession der letzten Jahre habe zu einer beträchtlichen Zahl jugendlicher Arbeitsloser geführt. Dabei seien vor allem die Jugendlichen ohne berufliche Qualifikation betroffen. Deshalb sei es das besondere Interesse der Ländererziehungsminister in der Bundesrepublik, jedem Jugendlichen durch ausreichende berufliche Bildung verbesserte Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu sichern. dpa

Bayerische Staatszeitung und
Bayerischer Staatsanzeiger
9. 9. 77

Betreuung ausländischer Kinder

Nürnberger Modell vom Freistaat finanziell gefördert

An diese Kinder hatte niemand gedacht, als in Nürnberg vor gut zwei Jahren der erste „Kulturladen" seine Pforten öffnete. Die zwei Hauptgruppen, an die dieses Lieblingsprojekt des Kulturreferenten Dr. Hermann Glaser adressiert war, nämlich Jugendliche und ältere Bürger, mußten sich die Räume an der Rothenburger Straße bald mit rund 30 schwarzgelockten spanischen, italienischen, griechischen und türkischen Buben und Mädchen teilen.

In den langen Altbaufluren und im großen Jugendstil-Hauseingang ging es bald zu wie in Klein-Neapel. Von früh bis in die Nacht verlangten die Luigis, Manuelos und Marios lautstark ihr Recht an den kulturellen Einrichtungen. Der soziale Hintergrund war plötzlich offensichtlich: Vor Jahren bereits war dieser Stadtteil durch eine neue Verkehrsplanung zum Abbruch und zur Sanierung bestimmt worden. Im Laufe der Zeit zogen die deutschen Familien, von diesem Projekt unterrichtet, in andere Gebiete um. Übrig blieben schöne alte Häuser der Gründerzeit, die immer mehr verwahrlosten und schließlich die Heimat ausländischer Großfamilien wurden.

Die Kindergärten und Horte der Umgebung waren dem plötzlichen Kindersegen nicht mehr gewachsen. Dazu kam die Sorglosigkeit der italienischen, spanischen, griechischen und türkischen Eltern, die — wie in der verlassenen Heimat — ihre Kinder unbeaufsichtigt zum Spielen auf die Straße schickten und älteren Geschwistern die „Aufpasserrolle" überließen.

Natürlich kam es im Kulturladen nach der Invasion der rund 30 bis 40 Kinder zu Kontroversen mit den anderen Besuchern. Stand am Abend ein Konzert auf dem Programm, hatten die Senioren — fesch in Schale geworfen — die größte Mühe, sich durch den Pulk des buntgemischten Kindervölkchens zu drängen.

Daraufhin übernahmen die Sozialarbeiter im Kulturladen kurzentschlossen auch die Betreuung der Kinder; natürlich nur soweit es ihre anderen Verpflichtungen für diese Einrichtung zuließen. Schon kurze Zeit später mußten sie resignieren. Die Kinder verlangten das ganze Engagement einer Kraft, doch dafür war von der Stadt keine Planstelle vorgesehen und auch nicht in Aussicht gestellt.

Auch nahmen die Zerstörungen an den Kulturladeneinrichtungen durch die Gruppe immer mehr zu. Über kurz oder lang war die Existenz dieser so beliebten Einrichtung in Gefahr.

Ein Zufall brachte die positive Wendung. In einem Gespräch mit dem bayerischen Arbeits- und Sozialministerium erzählte Siegfried Kett vom Kulturreferat beiläufig seine Sorgen und Nöte. Überrascht vernahm er, daß sich das Ministerium sehr für dieses Problem und einen Modellversuch interessiere.

Die über dem Kulturladen liegende große Altbauwohnung wurde unter Mithilfe der Jugendlichen renoviert und eingerichtet. Der Freistaat übernahm rund die Hälfte der Ausbaukosten, das waren 44 000 Mark. Bereits Anfang Juli konnten die Kinder die Einweihung ihres neuen Domizils feiern. Auch das Arbeitsamt unterstützte das Projekt. Es stellte für ein Jahr als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme, kostenlos einen Erzieher bereit. Auch hier hatten die Verantwortlichen eine glückliche Hand. Ein junger Deutsch-Italiener, der sich bereits in den Wochen vorher freiwillig um die Jungen und Mädchen gekümmert hatte, und der vor allem durch eigene Erfahrungen und durch Sprachkenntnise für diese Stelle prädestiniert ist, trat vor kurzem seinen Dienst in der Rothenburger Straße an.

Wichtigster Bestandteil der Sozialarbeit in dieser Kindergruppe dürfte die Hausaufgabenbetreuung sein. Auch die Lehrer der Jungen und Mädchen wollen an diesem Projekt mitarbeiten, da sie erkannt haben, wie sehr diese Kinder und Jugendlichen gerade im schulischen Bereich benachteiligt sind. In ruhiger, entspannter Atmosphäre sollen sie in Zukunft ihre Aufgaben erledigen. Ziel sind die schulische Verbesserung und eine Stabilisierung der bisher negativen Lernerfahrungen. Es ist nicht daran gedacht, ein Paukstudio zu errichten. Vielmehr sollen durch Spiele, Malen, Basteln und Musik aufgelockerte Schülernachmittage geboten werden.

Neben der Schülerbetreuung wird eine strukturierte Elternarbeit angestrebt. Den oft überforderten Eltern sollen Hilfestellungen für die Erziehung ihrer Kinder aufgezeigt werden. Dies soll ein umfassendes Spektrum aufweisen, das von Begriffen der Mengenlehre bis zu eventuellen Veränderungen der Wohnwelt reichen kann. Zusätzlich sind mehere Eltern-Lehrer-Abende geplant, um schulische Probleme offen und ohne Hemmungen diskutieren zu können.

Das bayerische Arbeitsministerium erwartet von diesem Modellversuch eine Einrichtung, die sich nach ersten Erfahrungen auch für andere Städte oder Gemeinden mit ähnlich gelagerten Problemen übernehmen läßt. Bei Gelingen hat der Freistaat auch für die kommenden Jahre Zuschüsse in Aussicht gestellt. Die Stadt Nürnberg will nach Jahresfrist für die Erzieherstelle finanziell aufkommen.

Acht Stunden geöffnet

Schon nach kurzer Erfahrung atmen die Sozialarbeiter im Kulturladen auf. Von 13 bis 21 Uhr ist die Betreuungsstelle geöffnet und somit auch der Betrieb der kulturellen Veranstaltungen gesichert. Die Zerstörungen hörten schlagartig auf; denn die Kinder waren mit der Ausgestaltung ihrer Wohnung voll beschäftigt. Schon schauen die ersten Eltern neugierig vorbei und sprechen mit dem jungen Betreuer über ihre Söhne und Töchter. Ein Versuch, der dank der schnellen unbürokratischen Hilfe aus München und der guten Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt eine gute Chance für die sozial benachteiligten Kinder darstellt.

Liane Zettl

Wenn sie einziehen, packen die Deutschen ein

Elf Gastarbeiter-Familien aus dem Land jenseits des Bosporus fristen hier zwischen Müll und Schmutz, bröckelndem Putz, alten Kohleöfen und Gemeinschafts-Klo hinterm Haus ein Dasein, das Ibrahim Baysan, türkischer Sozialbetreuer der Arbeiterwohlfahrt bitter mit dem Wort „Miserabel" umschreibt. Die Keller ohne Licht, ebenso einige „Wohnräume", und keine sanitären Anlagen im gesamten Doppelhaus.

Doch jetzt wehren sich die Familien. Sie weigern sich, die Mieten zu bezahlen, wenn der Hauswirt nicht renovieren will. Seit Monaten schon erhält er keinen Pfennig. Allerdings hätte er sich in dieser Zeit nicht mehr sehen lassen. Gemeint ist der Maurer Rudolf Russow, der vor zwei Jahren von den früheren Eigentümern Plünnecke und Klemm die Gebäude mit dem 1 000-Quadratmeter-Grundstück erworben hatte. Bedingung: Instandsetzung und Einrichtung von Toiletten mit Duschen. Nun wirft ihm Lothar Plünnecke vor: „Der steckt aber nur die Mieten ein und tut keinen Handschlag."

Vereinbart gewesen wäre, daß der Maurer die Hälfte der Mieteinnahmen in Höhe von rund 1 200 Mark zur Tilgung eines Darlehens abführt und die andere Hälfte für Reparaturen aufwendet, die er selbst vornehmen wollte. „Gezahlt hat er aber nur bis Mai vergangenen Jahres, und getan hat er fast nichts", beklagt sich Plünnecke.

Deshalb fühle er sich auch nicht für die Zustände dort verantwortlich. Er kündigte aber an, daß sie von einem Rücktrittsrecht im Vertrag Gebrauch machen und andere Interessenten suchen würden. „Vielleicht können wir auch irgendeine Übereinkunft mit den Türken selbst treffen", überlegte er. Wer sonst auch würde hier wohl wohnen, leben wollen. Ohnehin bekamen auch hier die Türken vor Jahren schon zu spüren: Wenn sie einziehen, packen die Deutschen ihre Sachen.

Türken-Ghetto an der Münsterstraße:
Als Spielplatz nur ein Abfallhaufen



EIN ABFALLHAUFEN als Spielplatz — ein verdrecktes Loch als Toilette, so sieht die Kehrseite jenes „Türken-Hauses" an der Münsterstraße aus. Fotos: Dotter



Hamm (HJZ). Nur ein verdrecktes Loch läßt die Toilette ahnen, die sich 13 Männer, Frauen und Kinder teilen müssen. Als Spielplatz dient ein Abfallhaufen — im Türken-Ghetto an der Münsterstraße 33—35.

Gastarbeiter gewannen

Preis für Hilfsbereitschaft

STUTTGART. Mord und Totschlag sind immer eine Schlagzeile wert. Viel seltener finden Beispiele der Mitmenschlichkeit eine größere Publizität. Doch in Stuttgart hat dieser Tage das Los dafür gesorgt, daß ein solches Beispiel einen größeren Menschenkreis zu Gesicht kam: Bei der Aktion „Nachbarn helfen Nachbarn" fiel der erste Preis an die griechische Familie Papoutsis.

Das Gastarbeiterehepaar und seine Kinder halfen - und helfen - einer älteren Stuttgarterin, die nach einem Autounfall nicht mehr in der Lage war, sich selbst zu versorgen. „Ohne die Hilfe dieser Familie wäre es mir unmöglich gewesen, zu Hause zu bleiben", sagt die Frau.

Die Aktion läuft seit einem Jahr. Ihr Ziel ist es weniger, die hilfreichsten Bürger der Stadt Stuttgart zu ermitteln und auszuzeichnen, als vielmehr die Vermittlung von Tips zur Mithilfe. Nach den Erfahrungen des Sozialamtes gibt es sehr viele latent hilfsbereite Menschen.

So leben manche Ausländer bei uns:

Viele Menschen auf wenig Quadratmetern

Alte Fabrik in Wettbergen dient als Ausländerwohnheim

Herrschen in einem Wohnheim für ausländische Arbeitnehmer in Wettbergen menschenunwürdige Zustände? Das Ordnungsamt jedenfalls hat jetzt der Familie eines Heimbewohners die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis mit der Begründung abgelehnt, sie könne keine menschenwürdige Unterbringung nachweisen. Die Zustände im Heim selbst offenbaren die Wohnprobleme vieler ausländischer Arbeiter, die mit ihren Familien in der Bundesrepublik leben: Auf wenigen Quadratmetern viele Menschen zusammengedrängt, meist unter hygienischen Bedingungen, die gerade eben noch den gesetzlichen Anforderungen entsprechen.

Bei dem Wohnheim handelt es sich um das ehemalige Fabrikgebäude einer Wettbergener Brotfabrik, das Anfang der sechziger Jahre von der Hanomag übernommen und zu einem Ausländerwohnheim umgebaut wurde. Während der Rezession ging der Besitz wieder an die Brotfabrik zurück, die hier eigene ausländische Betriebsangehörige untergebracht hat. Zur Zeit wohnen hier insgesamt 25 Personen, überwiegend Türken, darunter vier Familien.

Stein des Anstoßes ist einmal die Unterbringung von zwei Familien, zum anderen der Zustand der sanitären Einrichtungen.

Eine vierköpfige Familie lebt in einem einzigen Raum, der zugleich Küche, Schlafraum, Wohn- und Kinderzimmer ist. Tageslicht fällt durch ein bis zum Boden reichendes Fenster, dessen unterer Teil mit einem Brett zugenagelt ist, damit die kleinen Kinder nicht hinausfallen. Der Mann berichtet, das Ordnungsamt habe die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis für seine Familie abgelehnt, weil er keine menschenwürdige Unterbringung nachweisen könne. Er besitzt zwar einen Berechtigungsschein für Sozialwohnungen. Die ihm bisher jedoch nachgewiesen wurden, waren ihm zu teuer oder zu weit von der Arbeitsstelle entfernt.



Wohnen, schlafen, kochen, essen – alles in einem Raum.

Eine Zweizimmerwohnung im ersten Stock wird von sieben Personen bewohnt. Die Eltern leben mit fünf Kindern in einem Raum. Ein zweiter, kleinerer, mit Möbeln vollgestellter Raum dient als Schlafzimmer. Mehr als die 220 Mark, die er jetzt zahlt – so der Türke – kann er für eine Wohnung nicht ausgeben. Eine größere Wohnung hätte er schon gern. Seit zehn Jahren lebt er hier, seit zwei Jahren mit der Familie.

Die sanitären Anlagen für alle Türken bestehen aus drei Toiletten im Erdgeschoß und einem Waschraum im Keller. Der nicht heizbare Raum liegt am Ende eines unbeleuchteten Gangs. Hier gibt es zwei Duschen und zwei Waschtröge mit einer Reihe von Kalt- und Warmwasserhähnen.

Die Frauen und Kinder würden sich hier unten nicht waschen, sagen die Männer, weil sie sich im Dunkeln nicht heruntertrauten und es meist zu kalt sei. Die letzte Renovierungsarbeit, an die die Mieter sich erinnern können, ist ein Einheitsanstrich in grüner Ölfarbe vor zwei Jahren.

Für den Vermieter sind die Beschwerden seiner Arbeitnehmer neu. Er räumt ein, daß die Unterkunft der vierköpfigen Familie kleiner als gesetzlich vorgeschrieben sei. Sie könne einen weiteren Raum haben, müsse dann aber mehr zahlen. Der Vermieter: „Die Leute leben hier doch viel besser als in der Türkei. Die Familienangehörigen werden nach einem Urlaub einfach mitgebracht, und ich werde vor vollendete Tatsachen gestellt." Nach eigenen Angaben schießt er jährlich 13 000 Mark für den Unterhalt des Wohnheims zu, empfindet es aber als Vorteil, die Arbeiter in der unmittelbaren Nähe der Fabrik zu haben.

Dem Amt für Wohnungswesen sind die Wohnprobleme der Ausländer bekannt. Leiter Alfred Grönig: „Ein großes Problem liegt bei den Ausländern selbst. Sie wollen meist nur einfach ausgestattete, billige Wohnungen, die aber kaum verfügbar sind."

Sehr schnell hat die Stadt Hannover auf die Nachforschungen der „Allgemeinen" reagiert: Schon am Freitag hat ein Vertreter des Gesundheitsamtes die Unterkunft besucht. Dabei sind allerdings nach Auskunft von Dr. Ulrich Zimmeck vom amtsärztlichen Dienst keine großen hygienischen Mängel nachweisbar gewesen. Das Gebäude sei jedoch sehr renovierungsbedürftig. In der nächsten Woche wollen sich Vertreter von Feuerwehr, Bau- und Gesundheitsamt die Unterkunft ansehen.

Heinrich Kronlage

Rüsselsheimer Echo
6090 Rüsselsheim (HE)

17. 9. 77 N

Wortgefecht um Ausländer-Integration

Grundsatzdebatte um Mehrheitsverhältnisse in der neuen Kommission

(bri). Die Kommission für ausländische Arbeitnehmer, die in Zukunft als Beratungsorgan des Magistrats an die Stelle des seitherigen Koordinierungskreises treten soll, wird aus vier Magistratsmitgliedern, sieben Stadtverordneten (SPD und CDU je 3 und FWG einen) sowie acht Vertretern der Türken, Spanier, Griechen, Italiener und Serbokroaten bestehen und damit von der zahlenmäßigen Stärke her den Größenordnungen der Ausschüsse der Stadtverordnetenversammlung entsprechen. Mit dieser Zusammensetzung setzten sich Mitglieder der SPD- und CDU-Fraktionen am Donnerstag in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses eindeutig über die Empfehlungen des FWG-Fraktionsvorsitzenden Dr. Volkmann hinweg, den ausländischen Mitbürgern in der Kommission auf Kosten der Magistrats- und Stadtverordnetensprecher mehr Gewicht und gegebenenfalls auch die Chance zu geben, bei einem Konflikt über die Mehrheit zu verfügen.

Die längere Debatte, die bei Formalien begann, mündete schnell in eine grundsätzliche Auseinandersetzung über die wechselseitigen Probleme der ausländischen Arbeitnehmer in Rüsselsheim mit Dr. Karl-Heinz Storsberg und Manfred Volkmann als Hauptkontrahenten. Storsberg hatte bei seiner Verteidigungsrede für die Beibehaltung der bisherigen Zusammensetzung der Kommission an die Erfahrungen der letzten Jahre erinnert, in denen er den Koordinierungskreis leitete. Die Ausländer wollten nur drei elementare Lebensbedürfnisse befriedigt sehen: Wohnung, Schule und Aufenthaltsgenehmigung. Gewisse „Volksgenossen" in der Bundesrepublik hätten versucht, zusätzliche Bedürfnisse bei den Ausländern zu wekken, aber er könne mit Gewißheit feststellen: „Sonst interessiert die überhaupt nichts."

Der Bürgermeister griff den Begriff von der Integration der ausländischen Einwohner Rüsselsheims auf und versuchte zu verdeutlichen, daß dieser oft gebrauchte Anspruch von den Ausländern schon lange negativ bewertet werde. „Für diese Ausländer bedeutet Integration so etwas ähnliches wie Assimilation, sie fürchten, daß sie von den Deutschen in der Bundesrepublik germanisiert werden sollen." Nicht umsonst legten die Lehrer mit Klassen ausländischer Kinder großen Wert darauf, daß nur ja die Klassenstärke gewahrt werde und möglichst wenig Schüler in deutsche Klassen gingen. Seine Behauptung, die Ausländer wollten von sich aus weitgehend keine Integration, brachte der Bürgermeister in einen Zusammenhang mit den jüngsten antideutschen Tendenzen in der ausländischen Öffentlichkeit.

Über die elementaren Dinge hinaus hätten die Ausländer, so Dr. Storsberg, schon deshalb keine Bedürfnisse, weil alle arbeitspolitischen Probleme gelöst seien. Dr. Manfred Volkmann widersprach dem Bürgermeister, der aus seine Analyse vor dem Rat der europäischen Gemeinden als Beweis für seine Sachkenntnis verwies, entschieden. Er wehrte sich dagegen, daß das Fehlen einer Integration, das eine traurige Wahrheit darstelle, einfach hingenommen werden solle. Es sei Aufgabe aller Kommunalpolitiker, bei den ausländischen Mitbewohnern Interesse zu wecken, die über elementare Bedürfnisse hinausgingen. Gerade eine Stadt wie Rüsselsheim, die sich ihrer internationalen Beziehungen rühme, müse darauf achten, daß die Ausländer an den Formen des städtischen Lebens stärker beteiligt und nicht nur dazu abgestempelt würden, „für uns Deutsche die Dreckarbeit zu leisten". Dr. Storsberg warf er vor, die Gefahren von Konflikten zu überspielen, die sich daraus ergeben könnten, daß die Vertreter der deutschen Gesellschaft nicht in ausreichendem Maß auf die Interessen der ausländischen Mitbürger eingingen. Integration, wie er sie verstehe, habe nichts mit einer Germanisierung zu tun.

Die Frage, auf welchem Weg die ausländischen Vertreter in die neu zu bildende Kommission entsandt und wie sie legitimiert werden sollen, ergab dagegen keinen ersichtlichen Dissens. Auch in Zukunft sollen das DGB-Ortskartell, die Caritas und das Diakonische Werk das Recht haben, Vertreter zu entsenden. Dr. Volkmann nannte als zusätzlichen Institution den Opel-Betriebsrat.

Stadtverordnetenvorsteher Werner Bechtel wandte sich gegen den von Dr. Volkmann erweckten Eindruck, in der Vergangenheit sei nichts für die Ausländer getan worden. Auch sie selbst hätten durch zahlreiche kulturelle Aktivitäten bewiesen, daß sie von sich aus Initiative ergreifen könnten. Der SPD-Stadtverordnete Heinrich Ernst empfahl Dr. Volkmann, einmal zu sich in sein Maklerbüro zu kommen, um festzustellen, daß die Ausländer nur ganz bestimmte Bedürfnisse hätten und dazu noch unter sich selbst zerstritten seien. Zu den Wohnwünschen der ausländischen Bürger hatte Dr. Storsberg zuvor angemerkt, sie wollten schöne Wohnungen zu einem ganz billigen Preis.



Die Türkenkinder in Kreuzberg können berlinern wie an der Spree Geborene. Foto: Kasperski

KREUZBERG

Im Bezirk Kreuzberg lebten nach Angaben des Einwohneramtes im Mai 32 417 Ausländer. Am 31. Dezember 1976 waren es 34 761, davon 23 128 Türken, 4736 Jugoslawen und 1687 Griechen. Das macht sich bei den Schulen stark bemerkbar: In einigen sind mehr ausländische als deutsche Kinder.

Spitzenreiter bei den Hauptschulen ist die Gerhart-Hauptmann-Oberschule in der Reichenberger Straße 131. Hier sind 64,9 Prozent der Schüler Ausländer. Noch größer ist der Anteil in der Nürtingen-Grundschule in der Wrangelstraße 136, nämlich 65,7 Prozent. Es folgen die Hunsrück-Grundschule in der Manteuffelstraße 79-83 mit 58,6 Prozent, die Jens-Nydahl-Grundschule (56 Prozent), die E.-O.-Plauen-Grundschule in der Wrangelstraße 136 (52,9 Prozent) und die Fichtelgebirgs-Grundschule am Görlitzer Ufer (51,1 Prozent). Insgesamt gingen im März 4928 ausländische Kinder in Kreuzberger Schulen. 109 von ihnen besuchten sogar das Gymnasium. In den Kindertagesstätten wurden im April 965 Ausländerkinder betreut.

Viele Kinder kann man eigentlich gar nicht mehr als Ausländer bezeichnen: Sie wurden hier geboren und können waschecht berlinern. V. G.

Berliner Morgenpost 1000 Berlin 61 (BW) 25. 9. 77

Im Neuen Revier geht die Beschäftigung von Ausländern zurück

18. 9. 77

Recklinghäuser Zeitung

Neueste Statistik über Sozialversicherung

Recklinghausen. Die Gesamtbeschäftigung im Arbeitsamtsbezirk Recklinghausen geht weiter zurück. Dies jedenfalls ist das Ergebnis der neuen Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, nach der Ende Dezember 1976 nur noch 124 033 Arbeitnehmer gezählt wurden. Das macht im Vergleich zu Ende September des vergangenen Jahres einen Rückgang um 1897 oder 1,5 Prozent aus. Prozentual gesehen entspricht die Verringerung der Beschäftigtenzahl exakt dem Ergebnis auf Landesebene.

Um 2,9 Prozent hat die Ausländerbeschäftigung abgenommen; der Arbeitsamtsbezirk Recklinghausen liegt damit um 0,9 Prozent über dem Landeswert. Ende Dezember 1976 waren noch 7512 nichtdeutsche Arbeitnehmer in Betrieben unseres Arbeitsamtsbezirkes tätig.

Der bedeutendste Arbeitgeber ist nach wie vor der Bergbau. Dieser Wirtschaftszweig beschäftigt 19,6 Prozent aller sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer. Gleichzeitig stellt er mit 12 Prozent den höchsten Ausländeranteil unter den Beschäftigten. Im verarbeitenden Gewerbe beschäftigt die chemische Industrie die meisten Arbeitnehmer (13 Prozent).

Obwohl Recklinghausen zu den Ruhrgebietsarbeitsämtern gehört, deren Wirtschaftsstruktur durch die Gewinnung und Verarbeitung von Rohstoffen geprägt ist (51,6 Prozent aller Beschäftigten), kommt dem Dienstleistungsbereich hier jedoch ebenfalls eine große Bedeutung zu.

13,9 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sind in Dienstleistungsunternehmen tätig, 13,3 Prozent im Handel.

Ausweisungsverfügung war fehlerhaft

Bei Entscheidung wurde Grundgesetz-Artikel über Schutz von Ehe und Familie nicht einbezogen — Antrag auf Aufenthaltserlaubnis daher erneut zu prüfen

Wird das vierjährige Kind, das ein italienischer Staatsangehöriger mit einer Deutschen hat, mit der er in eheähnlicher Beziehung lebt, ihn vor der vom Landkreis Trier-Saarburg verfügten Ausweisung bewahren können oder nicht? Diese Frage stellt sich nach einem Verfahren vor dem Verwaltungsgericht, wohin sich der Italiener mit seiner Klage gegen den Landkreis gewandt hat, der durch Verfügung vom Januar 1977 die Ausweisung aus dem Gebiet der Bundesrepublik bis zum 10. März 1977 gefordert hatte. Der Widerspruch beim Kreisrechtsausschuß war ohne Erfolg geblieben.

Die Aufenthaltserlaubnis des Mannes, der im Sommer 1963 in die Bundesrepublik gekommen war, war mehrfach verlängert worden. Als er Anfang 1976 die Aufenthaltserlaubnis auf unbestimmte Zeit beantragte, wurde dies u. a. mit dem Hinweis auf sieben Geld-, ersatzweise Freiheitsstrafen, die gegen ihn verhängt worden waren, abgelehnt. Die Bestrafungen waren vor allem wegen Kraftfahrzeugvergehen und Verstößen gegen das Ausländergesetz erfolgt. Außerdem wurde darauf verwiesen, daß von 1972 bis 1975 sechsmal ein Bußgeld wegen Verstößen gegen Verkehrsvorschriften festgesetzt werden mußte. Schwer ins Gewicht fiel auch, daß die Steuerschulden des selbständig tätigen Mannes bis 1977 auf insgesamt 56 000 DM angewachsen sind, daß er von 34 Fällen die Steuerklärungen 29mal erst verspätet abgab, für 1974 und 1975 überhaupt nicht. Außerdem wurden ihm eine Reihe von Verstößen gegen Vorschriften des Aufenthalts- und Melderechts vorgeworfen.

Diesen Vorwürfen hatte der Mann, der zur Verhandlung nicht erschienen war und dessen Verteidiger das Mandat niedergelegt hatte, in seiner Erwiderung entgegengehalten, daß man seine Verfehlungen nur quantitativ, nicht jedoch qualitativ gewertet habe. Er sei bisher auch nie auf die möglichen Folgen seines Verhaltens aufmerksam gemacht worden. Er begehre Aufhebung des Ausweisungsbescheides und weitere Aufenthaltserlaubnis, zumal er ein Kind mit einer Deutschen habe, mit der er zusammenlebe. Für dieses Kind komme er in vollem Umfang auf. Der Verteter des Landkreises plädierte auf Abweisung der Klage.

Nach Paragraph 10 des Ausländergesetzes hat die Ausländerpolizei bei ihren Entscheidungen weitesten Handlungsspielraum. Bei Angehörigen aus EG-Staaten ist dieser Spielraum enger, nach dem Freundschaftsvertrag zwischen der Bundesrepublik und Italien noch mehr bei Italienern. Hier ist nach einem fünfjährigen Aufenthalt eine Ausweisung nur bei schwerwiegenden Gründen möglich.

Auch eine Summierung von Straftaten kann dabei gravierende Anhaltspunkte für eine solche Entscheidung bieten. Darauf berief sich der Vertreter der beklagten Behörde. Der Unterhalt für das Kind, so argumentierte er dabei, dürfe dabei nicht ausschlaggebend sein. Der Schutz, den Artikel 6 des Grundgesetzes für Ehe und Familie biete, müsse hier wegen der zahlreichen Verfehlungen zurücktreten.

Für die Entscheidung der Kammer war jedoch der Artikel 6 ausschlaggebend. Nur weil die Ausländerpolizeibehörde in diesem Fall verabsäumt hatte, diesen Artikel bei ihrer Ermessensentscheidung mit zu berücksichtigen, wurden die Ausweisungsverfügung und der Widerspruchsbescheid aufgehoben, da sie aus diesem Grunde allein fehlerhaft waren. Das Landratsamt wurde angewiesen, unter Berücksichtigung auch dieses Artikels erneut über den Antrag auf Aufenthaltserlaubnis zu entscheiden. Nach der verfestigten Rechtsprechung, so wurde dabei ausgeführt, könne auch bei eheähnlichen Verhältnissen der Schutz des Artikels 6 in Frage kommen. Diese Situation sei also bei erneuter Prüfung in die Erwägungen einzubeziehen. Betont wurde allerdings, daß mit dieser Entscheidung keine Verpflichtung für die Ausländerpolizei verbunden sei, die Aufenthaltserlaubnis zu erteilen. Bei der erneuten Entscheidung, die damit also offenblieb, muß demnach nur der Artikel 6 mit einbezogen werden.

Trierischer Volksfreund
5500 Trier (RPF) 15. 9. 77

Junge Ausländer ohne Arbeit: Die Konjunktur entläßt ihre Kinder ...

Hannover — Kinder von Gastarbeitern haben kaum eine Chance, legal zu arbeiten. Allein im Arbeitsamtsbereich Hannover stieg die Zahl der jugendlichen Gastarbeiter ohne Job innerhalb eines Jahres (bis Mai '77) um 57,8 Prozent an. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich die Zahl der arbeitslosen deutschen Jugendlichen „nur" um 9,7 Prozent.

Aber das ist nur die Spitze des Eisberges. Teoman Atalay, Vorsitzender des Ausländerbeirates der Stadt Hannover: „Ich schätze die Arbeitslosenquote unter ausländischen Jugendlichen auf 70 Prozent ein. Die meisten melden sich gar nicht erst beim Arbeitsamt, weil sie wissen, daß sie keine Chance haben, eine Stelle zu bekommen."

In Niedersachsen leben insgesamt 14 000 Ausländer im Alter zwischen 15 und 20 Jahren. Ausländische Jugendliche dürfen nur in Stellen vermittelt werden, für die sich keine deutschen Jugendlichen finden.

Familienangehörige von Gastarbeitern, die seit Beginn dieses Jahres in die Bundesrepublik kamen, erhalten überhaupt keine Arbeitsgenehmigung mehr. Kein Wunder, daß viele ausländische Jugendliche illegal arbeiten, um ihren Eltern nicht auf der Tasche zu liegen.

Teoman Atalay: „Viele ausländische Mitarbeiter **schicken ihre schulpflichtigen Kinder jetzt wieder zurück, damit sie im Heimatland auf die Schule gehen, weil sie in Deutschland keine Zukunft für ihre Kinder sehen. Das bedeutet, daß Familien erneut auseinandergerissen werden."**

Hamburger Morgenpost
2000 Hamburg 21. 9. 77

INHALT